



... ich hoffe, es wird in einigen Jahrzehnten undenkbar sein und für Empörung sorgen, wenn eine Regierung den Kindern und Kindeskindern einen Treibhauseffekt und Atommülllager hinterlässt und damit die Bürde der heutigen Energiepolitik einfach auf die Zukunft verschiebt. ... Wenn wir immer mehr Schulden machen, dann werden wir natürlich immer mehr die Handlungsspielräume eindämmen ... Konflikt zwischen Familien und Kinderlosen ... Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ... Dass wir nicht zu Generationengerechtigkeit kommen können, wenn wir weiterhin das Primat der falsch verstandenen Wirtschaftlichkeit haben, die sehr kurzfristig betrachtet wird ...

Alt und Jung im Dialog – Wege in eine generationengerechte Zukunft

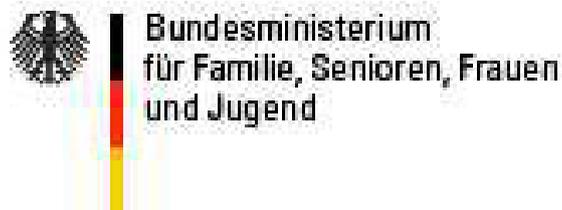
Bundesfachseminar
des Deutschen Frauenrings e.V.
28.11. bis 30.11.2008
Bildungszentrum Erkner



Alt und Jung im Dialog- Wege in eine generationengerechte Zukunft

**Bundeschfachseminar des Deutschen Frauenring e.V.
vom 28.11.2008 bis 30.11.2008 in Erkner**

Gefördert durch :



Impressum

Herausgegeben von: Deutscher Frauenring e.V.

Redaktion: Bundesgeschäftsstelle

Titelblatt: Gudula Hertzler-Heiler

Copyright by: Deutscher Frauenring e.V. Bundesverband,
Brandenburgische Straße 22, 10707 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Einführungsreferat: Alt und Jung in Zeiten des demografischen Wandels: Aspekte der Generationengerechtigkeit von Prof. Dr. Dr. h.c. Lehr.....	4
3. Podiumsgespräch: Wege in eine generationengerechte Zukunft	13
4. Alt gegen Jung Vortrag von Kostas Petropulos.....	36
5. Workshops	41
5. Workshop I: Zukunft der Arbeit- Dr. Ulla Regenhard	41
5.2 Workshop II: Generationengerechtigkeit-Zukunft der Familie- Dr. L.M. Peschel- Gutzeit.....	48
5.3 Workshop III: Ökologische Auswirkungen-was kommt auf zukünftige Generationen zu?- Dr. Daniel Dahm	52
5.4 Workshop IV: Migration und Stadtentwicklung- Prof. Dr. Christine Bauhardt	54

Einleitung

Demografischer Wandel und Alterung der Gesellschaft, Staatsverschuldung und Reform der Sozialversicherungssysteme, Klimawandel und Nachhaltigkeit werfen die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Generationen auf. Generationengerechtigkeit umfasst viele unterschiedliche Aspekte, die darauf abzielen, dass nachrückende Generationen mindestens die gleichen Chancen auf Bedürfnisbefriedigung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht bekommen wie ihre Vorgänger-Generationen.

Das Bundesfachseminar des Deutschen Frauenrings vom 28.-30. November 2008 widmete sich dem Thema *Alt und Jung im Dialog – Wege in eine generationengerechte Zukunft* und setzte sich mit Generationengerechtigkeit aus verschiedenen Blickwinkeln auseinander. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern gelegt, die sich auf die Generationengerechtigkeit auswirken, z.B. auf dem Arbeitsmarkt und später bei der Rente.

Die vorliegende Dokumentation gibt allen interessierten Leserinnen einen Überblick über die Inhalte des Seminars. Der Einführungsvortrag von Prof. Dr. Ursula Lehr beleuchtet Aspekte der Generationengerechtigkeit, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben. Ein Podiumsgespräch mit Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigt sehr unterschiedliche Positionen zum Thema auf. Kerstin Andreae, MdB, vertritt die Initiative zur institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz, Vera Gäde-Butzlaff, Vorsitzende der BSR Berlin, beleuchtet das Thema aus der Sicht der Arbeitgeber und zeigt Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt auf. Kostas Petropoulos, Heidelberger Büro für Familienfragen, stellt provokante Thesen in den Raum, indem er die Konfliktlinie nicht zwischen den Generationen ausmacht, sondern zwischen Menschen mit und ohne Kinder. Jörg Tremmel, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, vertritt die Interessen der jüngeren Generation.

Parallele Workshops zu den Themen Arbeitsmarkt, Zukunft der Familie, Ökologische Auswirkungen und Migration boten den Teilnehmerinnen die Gelegenheit, den Zusammenhang von Generationengerechtigkeit und wichtigen Politikfeldern zu erarbeiten und anschließend im Plenum zu diskutieren. Auswirkungen des deutschen Geschlechterarrangements auf den Arbeitsmarkt und die zunehmende Erwerbstätigkeit von gut ausgebildeten Frauen, die Einführung eines Kinder- oder Familienwahlrechts, die Gefährdung der Zukunft folgender Generationen durch Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie Migration als Chance standen dabei auf der Agenda. Die Zusammenfassung der Fachvorträge und Diskussionen verschafft Ihnen einen Einblick in die geleistete Arbeit.

Dr. Elisabeth Botsch

Berlin im Oktober 2009

Alt und Jung in Zeiten des demografischen Wandels: Aspekte der Generationengerechtigkeit



Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr
(*1930 Frankfurt a.M.)

Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Lehr studierte Psychologie und Philosophie an den Universitäten Frankfurt und Bonn. Von 1986 bis 1998 hatte sie den Lehrstuhl für Gerontologie der Universität Heidelberg inne. Seit 2001 ist sie Professorin an der Europa-Universität in Yuste/Extramadura in Spanien. Von 1988 bis 1991 war sie Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Zudem ist sie Gründerin des Instituts für Gerontologie und des deutschen Zentrums für Altersforschung. Frau Prof. DR. Dr. h.c. Lehr ist Mutter von zwei Söhnen.

„Es kommt nicht nur drauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden; Es gilt, nicht nur dem Leben Jahre zu geben, sondern den Jahren Leben zu geben!“

2050 wird der Altersdurchschnitt in Deutschland bei einer Gesamtbevölkerung von 70,8 Millionen 51,4 Jahre betragen. Demnach leben wir in einer Zeit des demografischen Wandels, in der die Menschen immer älter werden, aber immer weniger Kinder geboren werden. Dieser Bevölkerungsrückgang stellt uns vor neue Herausforderungen wie die Rückentwicklung ganzer Regionen und die Zunahme des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund. Diese Entwicklung wird von einem Wandel der Rolle der Frau begleitet.

Wie Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Lehr anschaulich darstellte, vollzogen sich die tiefgreifenden Umwälzungen der Emanzipation der Frau vor allem in den letzten 50 Jahren. Um den Ursachen und Folgen dieser Prozesse auf die Spur zu kommen, stellte die Professorin zunächst den Wandel der Problemgruppen der Jungen und Alten, anschließend die Verlagerung der Generationenkonflikte von der familiären zur gesellschaftlichen Ebene dar. Hauptbestandteil der Präsentation war die Fragestellung „Der demografische Wandel – die Wurzel allen Übels?“ Zur Beantwortung dieser Frage beleuchtete sie die zunehmende

Lebenserwartung, die sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts fast verdoppelt hat, das Altern der Gesellschaft und den zunehmenden Geburtenrückgang in unserer Gesellschaft. Wichtig waren auch die Analyse des veränderten Verhältnisses der Generationen und deren Folgen für die zukünftige Stadtentwicklung und Wirtschaft. Zum Schluss folgten die Beschreibung des Wandels vom 3-Generationen- zum 5-Generationen-Vertrag und die Auf-

Erläuterungen mit einer anschaulichen Powerpoint-Präsentation, von welcher im Folgenden Auszüge abgedruckt sind.

**Deutscher Frauenring
Berlin 28. – 30. November 2008**



Alt und Jung in Zeiten des demografischen Wandels

*Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr
Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg*

1

U. Lehr

forderung zu mehr Generationengerechtigkeit. Begleitet wurden ihre interessanten

Der Wandel unserer Bevölkerungsstruktur älter, weniger, bunter

In Deutschland leben

- **heute** 82,3 Millionen, Durchschnittsalter **42,4 Jahre**
- **2025** 78,8 Millionen, Durchschnittsalter **48,5 Jahre**
- **2050** 70,8 Millionen, Durchschnittsalter **51,4 Jahre**

Das Erwerbspersonenpotenzial:

- **heute** rund **42 Millionen**
- **2025** **37 Millionen**
- **2050** **29 Millionen**

3

U. Lehr

Wir leben in einer Zeit des demografischen Wandels:

- immer mehr Menschen erreichen ein immer höheres Lebensalter (+)
- immer weniger Kinder werden geboren (-)

Eine Herausforderung

- ein Bevölkerungsrückgang führt zur „Rückentwicklung“ ganzer Regionen
- es leben bei uns zunehmend mehr Menschen mit Migrationshintergrund

4

U. Lehr

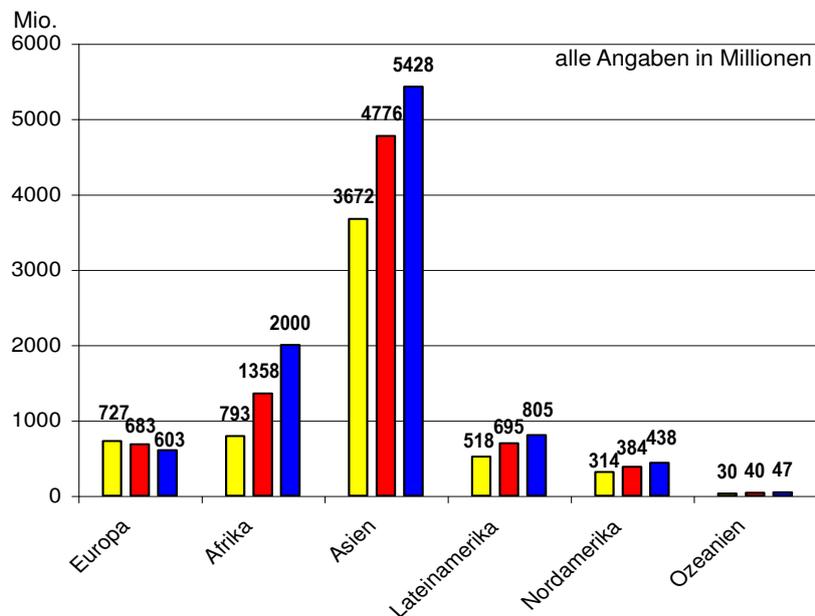
bis 1958, vor 50 Jahren noch

- ❖ bis zum **1. Juli 1958** hatte der Mann das Letztentscheidungsrecht in allen Eheangelegenheiten
- ❖ musste eine Frau ihren Mann um Erlaubnis fragen, wenn sie einen Beruf ergreifen wollte; konnte ein Ehemann das Dienstverhältnis seiner Frau fristlos kündigen
- ❖ verwaltete der Mann das von seiner Frau in die Ehe eingebrachte Vermögen und verfügte allein über die daraus erwachsenen Zinsen und über das Geld seiner erwerbstätigen Ehefrau
- ❖ hatte er allein über den Wohnort zu bestimmen
- ❖ musste sie den Namen des Mannes tragen

13

U. Lehr

Demografischer Wandel 2000 2025 2050



Quelle: World Population Aging 1950-2050, herausgegeben von der UN, New York, 2002))

6

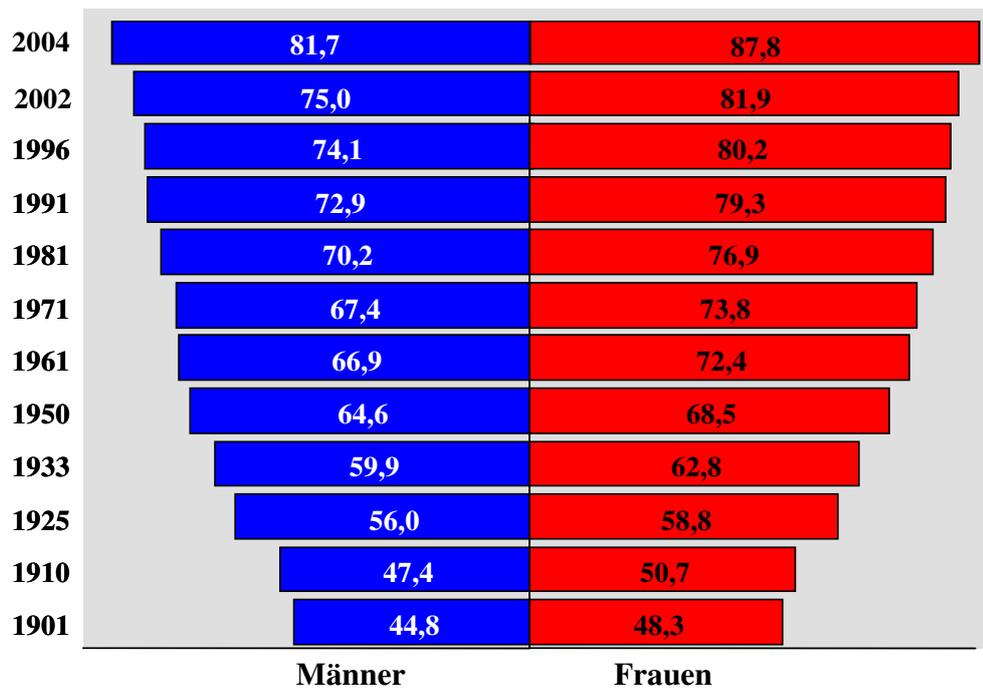
U. Lehr

ALT und JUNG in Zeiten des demografischen Wandels:

- I. Von der Problemgruppe der Jugend zur Problemgruppe der Alten
- II: Die Verlagerung der Generationenkonflikte vom familiären in den gesellschaftlichen Bereich
- III. Der demografische Wandel – die Wurzel allen Übels?
 - Die zunehmende Lebenserwartung
 - Das Altern unserer Gesellschaft
 - Das veränderte Verhältnis zwischen den Generationen
 - Vom 3-Generationen-Vertrag zum 5- Generationen- Vertrag
- IV. Der Ruf nach Generationengerechtigkeit

Lebenserwartung

Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen in Jahren



Frank SCHIRRMACHER:

„Wir müssen unsere Lebensläufe anders konzipieren, sie an die viel längere Lebenserwartung anpassen – und nicht, wie bisher, gleichsam mit der Pferdekutsche des 19. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert herumfahren...“

*Wir brauchen eine **Kalenderreform unseres Lebens!**“*

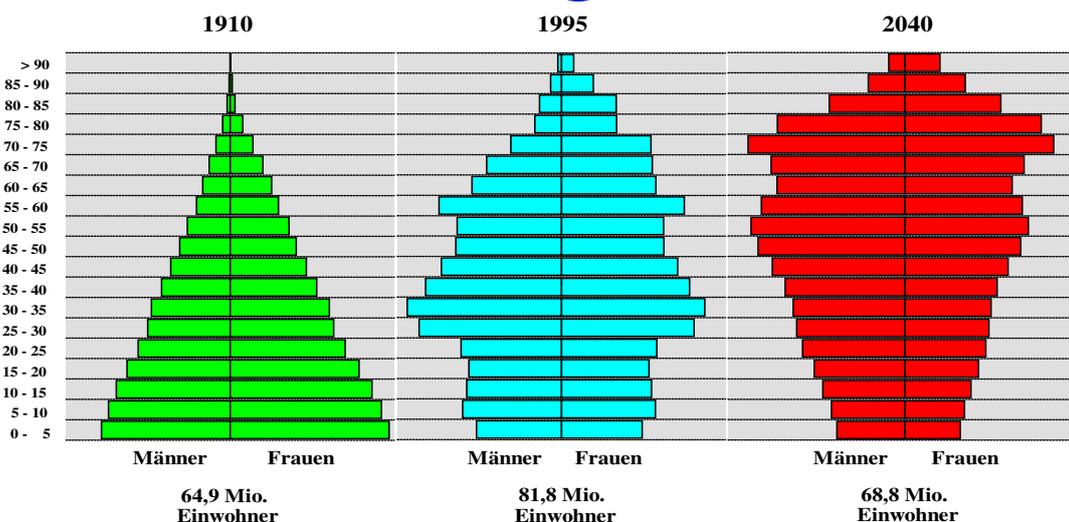
*„Indem wir das **Altern umdefinieren**, helfen wir unseren Kindern mehr als dadurch, dass wir ständig um die verpassten Geburten von 1984 weinen.“*

Die hat es nicht gegeben. Und die damals nicht geboren worden sind, ...werden auch niemals Kinder auf die Welt bringen.“

19

U. Lehr

Veränderung der Bevölkerungsstruktur

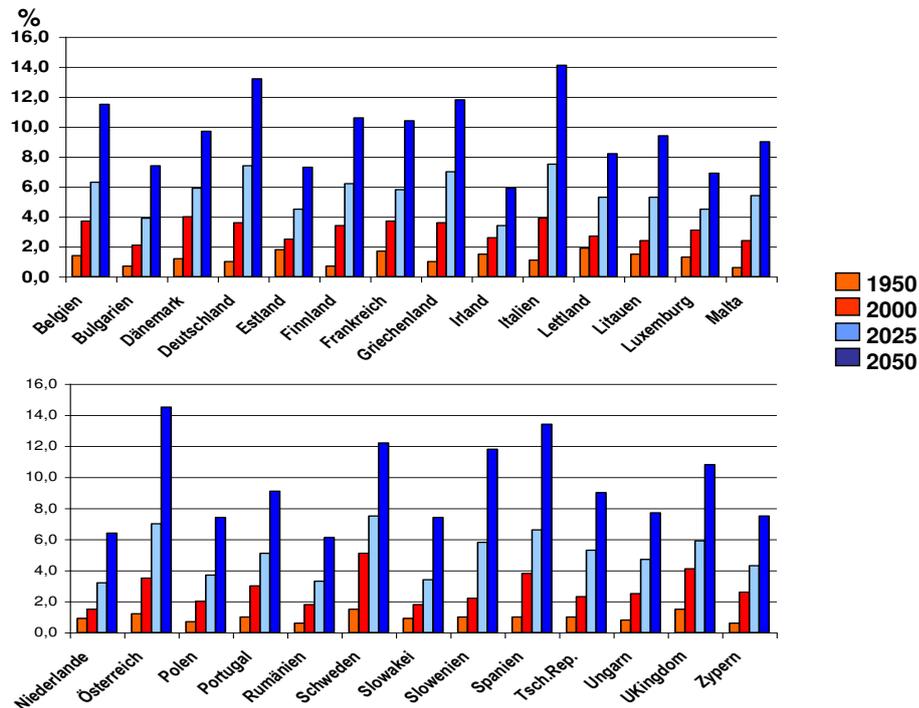


Quelle: StBA

21

U. Lehr

Anteil der 80-Jährigen und Älteren



24

U. Lehr

Je älter wir werden, um so weniger sagt die Anzahl der Jahre etwas aus über *Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Erlebnisweisen.*

Altern ist stets das Ergebnis eines lebenslangen Prozesses mit ureigensten Erfahrungen.

Schulische Bildung, berufliches Training, Lebensstil und Art der Auseinandersetzung mit Belastungen haben Einfluss.

Ein generelles Defizit-Modell des Alterns ist infrage zu stellen.

27

U. Lehr

Demografischer Wandel
**Das veränderte Verhältnis
zwischen den Generationen:**

- vom Mehrgenerationen-Haushalt zum Ein-Personen-Haushalt;
- von der 2 -und 3 Generationen-Familie zur 4- und 5-Generationenfamilie („Bohnenstangenfamilie“)

36

U. Lehr

Demografischer Wandel
**Das veränderte Verhältnis
zwischen den Generationen:**

Quantitativ:
**Konsequenzen für Stadtentwicklung,
Wirtschaft und Handel**

44

U. Lehr

Die Alten von heute sind mit den Alten von gestern in keiner Weise zu vergleichen.

Damals hieß es:

„Was kann die Gesellschaft für die Senioren tun?“

heute heißt es immer wieder:

„Was können die Senioren für die Gesellschaft tun?“

78

U. Lehr

Lebensmuster

**"Schönes habe ich erlebt –
Goldfarben der Teppich
des Lebens durchwebt.
Auch dunkle Fäden
sind manchmal dabei.
Wollt ich sie entfernen,
der Teppich riss' entzwei.,,**

(Ingeborg Albrecht: Weit spannt sich der Lebensbogen.
Puchheim, Idea Verlag, 2001)

95

U. Lehr

Wege in eine generationengerechte Zukunft

(Abdruck des Wortlauts der Podiumsdiskussion)



Moderatorin: Dr. Dorothea Siems

(* Berlin)

Nach ihrem Studium der Volkswirtschaftslehre und anschließender Promotion, besuchte sie Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten in Düsseldorf. Seit 1996 ist Frau Dr. Siems in der Wirtschaftsredaktion der WELT in Berlin tätig. Seit 1999 ist sie Mitglied der Parlamentsredaktion der Zeitung und schreibt schwerpunktmäßig über Sozialpolitik. Sie ist Mutter von vier Kindern.

ReferentInnen des Podiumsgesprächs



Kerstin Andreae

(*1968 Schramberg/Schwarzwald)

Frau Andreae absolvierte von 1990 bis 1996 ihr Studium der Politischen Wissenschaft und der Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Seit 2002 ist sie Bundestagsabgeordnete der Fraktion Bündnis90/Die Grünen für den Wahlkreis Freiburg. Sie hat zwei Kinder.

Einführung: Wir kommen jetzt zu unserem nächsten Diskussionspunkt, und zwar zu unserem Podiumsgespräch „Wege in eine generationengerechte Zukunft“. Ich begrüße unsere Gäste recht herzlich und freue mich besonders, dass wir Frau Dr. Dorothea Siems dafür gewinnen konnten. WELT-Leserinnen kennen sie vielleicht aus den Artikeln zu Sozialpolitik und Familienpolitik. Und ich muss sagen, ich lese Ihre Artikel sehr gerne. Sie sind oft nicht mit der allgemeinen Tendenz und gehen manchmal etwas ab von der Linie der allgemeinen Diskussion bzw. was aktuell besprochen wird und was man aktuell zu sagen hat. Frau Siems, ich freue mich, dass Sie da sind. Und übergebe Ihnen das Mikrofon und bitte Sie die TeilnehmerInnen vorzustellen. Uns wünsche ich ein paar interessante nächste Stunden.

Frau Dr. Dorothea Siems: Vielen Dank. Ich werde zunächst das Podium eröffnen, mit der Vorstellung. Ganz auf der rechten Seite sitzt Frau Gäde-Butzlaff. Sie ist die Chefin, die Vorstandsvorsitzende, der Berliner Stadtreinigung, eine der größten europäischen Entsorgerfirmen. Und wie man sich bei diesem Unternehmen vorstellen kann, ist es ein stark männerdominiertes Unternehmen das sie seit dem vergangenen Jahr fest in ihren Händen hat. Direkt zu meiner Nächsten sitzt Herr Petropulos. Er sitzt im Heidelberger Büro für Familienfragen. Wer sich mit Familienpolitik beschäftigt, der trifft auf diesen Namen ständig, weil Herr Petropulos es liebt durchaus sehr provokant und kritisch auch zu aktuellen sozialpolitischen Themen Stellung zu nehmen. Dann zu meiner Linken Frau Andreae von den Grünen. Sie ist die wirtschaftspolitische Sprecherin. Und ich den-

ke, die Wirtschaft ist hier ein ganz wichtiger Punkt, der zu klären ist, [z.B.] inwiefern die Wirtschaft eigentlich gefordert ist und nicht immer nur die Politik.



Vera Gäde-Butzlaff

(*1954 Bad Gandersheim)

Nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums der Rechtswissenschaften an der Freien Universität zu Berlin war sie als Richterin an verschiedenen Verwaltungsgerichten tätig. Von 1998 bis 2001 war sie Ministerialdirigentin im Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und seit 2007 ist sie die Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigungsbetriebe. Sie ist verheiratet und hat ein Kind.



Kostas Petropulos

(*1960 Dresden)

Er studierte die Fächer Geschichte und Deutsch auf Lehramt an der Universität Tübingen. Danach war er als freier Hörfunk- und Wirtschaftsjournalist tätig. 1995 gründete er das Heidelberger Büro für Familienfragen und Soziale Sicherheit in Heidelberg (HBF), dessen Leitung er inzwischen übernahm. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Herr Tremmel steht hier für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Er hat sie ins Leben gerufen, weil er sehr stark der Ansicht ist, dass wir noch sehr weit davon entfernt sind, eine generationengerechte Gesellschaft zu haben. Vor einigen Monaten, im Frühjahr, hat die Bundesregierung verkündet, dass sie außerplanmäßig in diesem Jahr die Renten stärker anheben wird als sie es geplant hatte. Das hat einen heftigen Protest zahlreicher Politiker hervorgerufen, jüngerer Politiker. Zum einen haben sie gesagt, das geht nicht. Man kann nicht einfach an der Rentenformel herum manipulieren, aus sehr wahltaktischen Gründen. Es gab eine sehr stark vernommene Stimme, nämlich von Altbundespräsident Herzog, der vor einer Rentenrepublik gewarnt und gesagt hat, dass sei das erste Anzeichen davon, dass die Überalterung der Gesellschaft sich schon in demokratiefeindlichen Zügen zeigt. Diese große Aufregung hat eine Debatte ausgelöst, die in letzter Zeit immer wieder die Frage aufwirft „Stehen wir vor einem Krieg der Generationen: Jung gegen Alt?“ Werden hier Interessen ausgespielt? Ganz aktuell haben wir ja eine Wirtschaftskrise, die sich immer stärker bemerkbar macht, also die Folgen der Finanzkrise. Die Diskussionen gehen dahin, zu sagen, wir müssen auf Pump Steuersenkungen und Konjunkturprogramme machen. Das Ziel des ausgeglichenen Staatshaushaltes, um die jüngeren, nachkommenden Generationen zu

entlasten, wird auf die lange Bank geschoben. Auch da gibt es wieder kritische Stimmen, die sagen, das können wir nicht machen. Wir können nicht weiterhin immer größere Schulden aufhäufen. Es stellt sich also die Frage: „Muss es eigentlich neue Institutionen geben, neue Möglichkeiten, Rechtsgrundlagen, um Generationengerechtigkeit in Deutschland herzustellen? Oder wird sich das von alleine immer wieder austarieren?“ Da ist zunächst einmal, die Frage: Was ist eigentlich Ge-



Dr. Dr. Jörg Tremmel
(*1970 Frankfurt a.M.)

Nach dem Abitur schloss Herr Tremmel eine Bankausbildung bei der Deutschen Bank ab. 1992 begann er daraufhin ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der European Business School in Oestrich-Winkel und an der FernUniversität Hagen. Des Weiteren studierte er Politikwissenschaften und promovierte 2005/2008 an den Universitäten Stuttgart und Düsseldorf. Er ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

nerationengerechtigkeit? Heißt das, dass jede Generation immer gleich viel zahlen muss und sonst überfordert ist? Hier kamen vorhin Anklänge..., Frau Lehr hatte es angesprochen, dass es den Früheren, den heute Älteren, eigentlich viel schlechter ging, weil sie die Lasten des Krieges zu schultern hatten. Also die Frage, **was ist Generationengerechtigkeit**, was können wir darunter verstehen?

Herr Dr. Dr. Tremmel: Also, **Generationengerechtigkeit** kann von dem inneren Wortsinn nur Gerechtigkeit zwischen den Generationen bedeuten, genauso wie Geschlechtergerechtigkeit auch nicht Gerechtigkeit innerhalb der Gruppe der Frauen oder der Männer bedeuten kann, sondern eben zwischen den Geschlechtern. Und so kann Generationengerechtigkeit eben zwischen den Generationen Gerechtigkeit bedeuten.

„**Generationen**“ -diese Bezeichnung hat jetzt aber eine doppelte Bedeutung: Es gibt einerseits die Jungen, die Mittleren und die Alten, vielleicht noch ein paar dazwischen, also mehrere heute lebende Generationen oder wir haben alle heute lebenden Generationen als eine Generation und vergleichen deren Lebensbedin-

gungen mit den zukünftigen Generationen, und auch mit den früheren Generationen. Man kann also Generationengerechtigkeit neben **andere Formen der Gerechtigkeit** stellen, soziale Gerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit oder eben Geschlechtergerechtigkeit.

Und ich habe sehr interessiert Frau Lehr zugehört wie sie dargestellt hat, wie viel sich in Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit in den letzten 50 Jahren verändert hat. Also, es ist ja ein wahnsinniger **Wandel** von einer Zeit, als der Mann die Finanzen der Frau kontrollieren konnte oder als der Mann das Arbeitsverhältnis der Frau ohne Begründung einfach kündigen durfte. Ich glaube, wir brauchen mindestens genau so viel Weiterentwicklung zu mehr Generationengerechtigkeit. Das heißt, ich hoffe, es wird in einigen Jahrzehnten undenkbar sein und für Empörung sorgen, wenn eine Regierung den Kindern und Kindeskindern einen Treibhauseffekt und Atommülllager hinterlässt und damit die Bürde der heutigen Energiepolitik einfach auf die Zukunft verschiebt. Oder wenn eine Regierung massive Schulden für Konsum macht und dann einfach den nächsten Regierungen einen ungedeckten Scheck ausstellt. Oder aber auch, dass Jung und Alt im Arbeitsverhältnis für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, also ich meine, dass die Jüngeren schlechter bezahlt werden. All das wird hoffentlich irgendwann der Vergangenheit angehören.

Siems: Frau Andreae, ist Ihre Meinung auch, dass die Generationengerechtigkeit heute verletzt ist und wenn ja, an welchem Punkt? Was sind die Ursachen? Sind das die Sozialversicherungssysteme, wie sie aufgebaut sind, die von einem Generationsvertrag leben? Ist es die Staatsver-

schuldung oder ist es das Umweltproblem? Wo sehen Sie Ansatzpunkte?

Frau Andreae: Vielen Dank, dass ich meine Meinung jetzt dazu sagen kann. Diese Generationengerechtigkeit innerhalb der Sozialversicherungssysteme, finde ich sehr sinnvoll. Ich habe nie zu denen gehört, die der Meinung waren, man müsse sich jetzt von Verfahren verabschieden. Es gibt ja immer wieder die Diskussion, ob man ein **kapitalgedecktes Verfahren** wählt, d.h. dass sich eine Generation in sich geschlossen selbst finanziert oder eben eine **Umlagefinanzierung**, wo es über eine Generation hinweg geht, durchgesetzt wird. Ich bin eine große Verfechterin des zweiten Verfahrens, weil ich das insgesamt für das stimmigere System halte, was auch mehr reagieren kann.

Problematisch ist tatsächlich, wenn dieser Pfad immer wieder verlassen wird. Da ist das Beispiel mit der **Rente**. Da haben wir schon den Pfad verlassen. Es gibt auch weitere Beispiele im Rahmen der Sozialversicherungen. Da ist das **Arbeitslosengeld I**, das genauso wie die Rente jetzt verlängert wurde, wo die Zahlungen erhöht wurden, oder die Rentenformeln. Das war der eigentliche Sündenfall, dass man die Rentenformel aufgeweicht hat. Also wenn man an gefundene Kriterien herangeht, und sagt, diese ändern wir jetzt mal, weil es gerade gut in die Stimmungslage passt, dann ist das tatsächlich eine Aufgabe auch dieses Generationenvertrages, und den finden viele sehr kritisch.

Viel kritischer sind aber die **zwei Punkte**, die Sie angesprochen haben. Das eine ist tatsächlich die ganze Frage der **Umweltpolitik**. Wir haben in den jüngsten Zeiten und für uns Grüne überraschend, dass es erst jetzt wirklich in die politischen Köpfe gedrungen ist, wir haben ja wirklich ein massives Klimaproblem, das weltweit auf

uns zukommt. Wir sind in Deutschland übrigens noch gar nicht stark davon betroffen. Also wir haben hier vielleicht mal einen schneefreien Winter gehabt, das war, glaube ich, vor zwei Jahren, aber das war ja jetzt nicht wirklich unser Problem. Aber wir haben einfach andere Länder auf der Welt, wo inzwischen ganze Völker umsiedeln müssen, weil die Ackerland und Anbaufläche verloren gehen. Und diese **Klimakatastrophe** wird natürlich massiv auch jüngere Generationen treffen. Ich denke, in 30-40 Jahren wird das in voller Wucht auf die Welt zukommen und dann eben auch auf die Generation, die dann die Verantwortung trägt. Und wenn wir jetzt nicht unsere Handlungsspielräume ausschöpfen, dann legen wir wirklich ganz falsche Weichen, weil es dann immer schwerer werden wird zu handeln.

Das Gleiche betrifft den **Bereich der Finanzen**. Wenn wir immer mehr **Schulden** machen, dann werden wir natürlich immer mehr die Handlungsspielräume eindämmen. Das kann in der Folge bedeuten, dass Steuern erhöht werden müssen. Und ich möchte nur mal daran erinnern, dass wir eine 3%ige Mehrwertsteuererhöhung hatten vor ungefähr zwei Jahren und das war eben nichts anderes. Das war eine Reaktion darauf, dass der Staatshaushalt schon ziemlich marode war, die Schuldenlast sehr hoch war. Und die Regierung eben genau das getan hat, was man dann immer prognostiziert, dass die Schulden von heute, die Steuern von morgen sind. Und aus keinem anderen Grund hat man die Mehrwertsteuer erhöht, weil man diese 21 Milliarden Euro gebraucht hat, um den Bundeshaushalt zu finanzieren. Ja, insofern werden wir an diesen Punkten gern noch weiter diskutieren, aber tatsächlich wird da die Generationengerechtigkeit verlassen.

Siems: Herr Petropulos, hier wurde ja schon angedeutet: „Jung gegen Alt“, was man vermeiden muss im **Generationenkonflikt**. Gibt es diesen eigentlich so? Die ganzen Älteren, die ich persönlich kenne, in meiner Familie sowieso, aber nicht nur dort, sind überhaupt nicht willig, die sehen das auch nicht so, dass sie auf Kosten ihrer Enkel oder Kinder leben, sondern sind in der Tat meist sehr spendabel, wenn es darum geht, Wünsche zu erfüllen oder sich einzusetzen. Sind wir nicht eher auch im Konflikt zwischen Familien und Kinderlosen, also ganz egal vielleicht in welchem Alter, denn es gibt durchaus die ältere Frau, Rentnerin, die ihre Kinder großgezogen hat, selber keine berufliche Karriere machen konnte, wahrscheinlich irgendwann ausgestiegen ist aus dem Job und dann nur mit sehr wenig Rente dasteht und damit wahrlich nicht auf Kosten künftiger Generationen lebt.

Petropulos: Ja, das ist eigentlich der Punkt, auf den ich hinauswollte mit meinem Statement. Bei der Frage nach den Wegen in eine generationengerechte Zukunft, denke ich, dass man sich mal anschauen muss, wo denn tatsächlich **Generationenkonflikte** vorliegen. Und manche von den Themen, die da öffentlich als Generationenkonflikte diskutiert werden, sind keine.

Also beispielsweise, was ein typischer Mechanismus ist, wo gesagt wird, da gibt es einen Generationenkonflikt, ist der, dass man **familiäre Verhältnisse** schlicht und einfach **auf die gesamtstaatliche Ebene** transportiert. Und das ist es eben nicht, das ist überhaupt nicht der Fall. Wie Frau Siems es vorhin sagte oder Frau Lehr es in ihrem Vortrag ausführte.. die **Solidarität innerhalb einer Familie** funktioniert hervorragend... also durch die ältere Generation, durch Zeit, in dem sie Kinderbetreuung leistet oder auch mit Geld

den jungen Eltern hilft. Da funktioniert die Generationensolidarität.

Das **Problem** ist also nicht die innerfamiliäre Solidarität, sondern die **Generationsolidarität**, die über Sozialversicherungssysteme organisiert worden ist. Und da ist es so, dass es da einen eklatanten Mangel gibt. Hier zeigt sich also tatsächlich, dass die Entscheidung von Menschen ohne Kinder zu leben natürlich zu einem zentralen Problem der Rentenversicherung oder aber auch anderer umlagefinanzierter Alterssicherungssysteme führt. Der Punkt, auf den es ankommt, ist nicht einfach meine familiären Verhältnisse auf die gesamtgesellschaftliche Ebene zu übertragen, sondern in der Gesellschaft entstehen andere **Konfliktlinien**. Also hier beispielsweise **Familien gegen Kinderlose**.

Ein anderer Bereich, der mir auch ganz wichtig ist, wenn man beispielsweise sagt, dass die Älteren unter **Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt** zu leiden haben, also sprich, dass sie mit 50 oder ab 55 Jahren fast keine Chance mehr haben, überhaupt noch geregelte Beschäftigung zu finden. Dann ist dies kein Problem, das nur auf der Alt-Jung-Schiene läuft, denn dann ist es letztlich Ausdruck eines **Leistungsbegriffs**, der sich in unserer Gesellschaft etabliert hat, unter dem nicht nur die Alten leiden, sondern in anderer Form auch die Jungen.

Denn auch bei den Jungen, das haben wir ja vorhin gerade angesprochen, gibt es tatsächlich diese Bemühungen: frühe Einschulung, G8, Bachelor, Master. Letztlich sind das alles Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, die Jungen möglichst schnell durch das Bildungssystem zu bringen und bald zu einer Erwerbstätigkeit zu führen, ohne andere Aspekte, die für die Bildung und Erziehung wichtig sind: Per-

sönlichkeitsentwicklung, soziale Fähigkeiten. Also hier ist es dann ein Leistungsbegriff, dem die Jungen ausgesetzt sind, der letztlich auch die Kehrseite des Leistungsbegriffs ist, unter dem die Alten leiden. Ok, dann mach ich an dieser Stelle mal Schluss.

Siems: Ja, wir kommen auch gleich noch dazu. Ich wollte nämlich gerne auch noch einen anderen Aspekt da reinbringen. Bei Generationengerechtigkeit wird oft so getan, als wenn das **homogen** wäre. Nun ist es so, dass auch innerhalb dieser ganzen Systeme es ja **Unterschiede** gibt, je nach **Männern und Frauen**.

Also, gerade wenn man sich wiederum die Rente ansieht, ist die Verteilung sehr, sehr unterschiedlich und das hat mit Erwerbsbiografien zu tun, die ganz verschieden verlaufen, gerade in den früheren Generationen. Wenn die Frauen in die Familienphase kommen und Kinder kriegen, gibt es auch heute bei den jungen Frauen eine starke Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und das hat alles auch Folgen. Insofern stehen Frauen im Alter oft ganz anders da als Männer.

Frau Gäde-Butzlaff, Sie sind ein Beispiel für etwas, was es in der Bundesrepublik ganz selten gibt, nämlich eine Frau auf einem Chefposten zu sein und dazu noch Mutter, was sozusagen eine ganz große Ausnahme ist. Wie empfinden Sie das selbst, **ist das Familienvereinbaren ein Problem**, mit dem Sie sich auch konfrontiert sehen? Und eine andere Frage, merken Sie, dass an Sie als Frau auf diesem Posten auch besondere Anforderungen gestellt werden?

Gäde-Butzlaff: Das ist jetzt ein ganz bunter Strauß an Fragestellungen. Also, ich denke schon, dass wir hier einen **Konflikt zwischen den Geschlechtern** erleben,

aber wieder nicht auf privater Ebene, genau wie wir eben gesagt haben, es ist nicht in den Familien, sondern in der Verteilung, der später dann auch zu einem Generationenkonflikt wird.

Das ist ganz klar, wenn das, was die Frauen erworben haben an Ansprüchen meistens ja auch heute noch sehr viel weniger ist als das, was die Männer erworben haben, dann sind gerade in Fällen, wo dann auch Trennungen eine Rolle spielen oder Ähnliches, die Frauen oder auch wenn ein Ehepartner verstirbt, dann haben wir eben häufig die Situation, dass die **Frauen** gerade im Lebensabend sehr viel **weniger Geld zur Verfügung** haben als der Mann. Wir sind da auch noch nicht so weit, dass wir sagen könnten, das ist jetzt ein Problem der Frauen, die heute im Rentenalter sind und das wird es so nicht mehr geben.

Ich stelle immer wieder fest, dass wir zwar sehr viele junge, sehr gut ausgebildete Frauen haben, sehr viel mehr als früher, die auch in den Betrieben heute mehr Chancen haben. Aber die Entscheidung Kinder zu bekommen und Familie zu haben benachteiligt die Frauen häufig auch heute noch.

Und **daraus erwächst** dann eben auch der **Generationenkonflikt**. Und ich muss schon sagen, bei allem, worüber ich mich auch sehr freue, was wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben, was sich verändert hat in dem Thema „Frauen-Männer“ ist es eben doch immer noch so, wie eben angesprochen wurde, dass ab einer bestimmten Führungsetage, da muss es gar nicht ganz hoch sein, es immer dünner wird. Und ganz oben, wir lesen das ja immer bei den DAX-orientierten Unternehmen, gibt es einfach keine Frauen. Und da denke ich, wenn es keine Frauen gibt, werden auch die **Rahmenbe-**

dingungen für solche Positionen **von Männern gemacht**.

Ich unterhalte mich ja manchmal mit den wenigen Frauen, die dann auch in solchen Positionen sind, die auch in der Politik und wo auch immer tätig sind. Es gibt ja sehr viel engagierte Frauen. Da gibt es doch Übereinstimmung über das, was alles noch zu den beruflichen Aufgaben kommt, was bei den meisten Männern nicht im Kopf ist: Fürsorge für die Familie, auch bei den berufstätigen Frauen, die dann immer noch neben dem Managen des Jobs auch das Managen des Haushaltes und der Familie im Blick haben. Ich glaube schon, dass wir da noch einiges tun müssen, damit nicht aus dieser immer noch bestehenden Ungleichheit der Aufstiegschancen zwischen Männern und Frauen, ein gefestigter Generationenkonflikt wird.

Wenn ich noch darf, würde ich gerne noch auf einen anderen Gesichtspunkt eingehen. Ich denke auch, dass wir nicht zu Generationengerechtigkeit kommen können, wenn wir weiterhin **das Primat der falsch verstandenen Wirtschaftlichkeit** haben, die sehr kurzfristig betrachtet wird.

Wir sehen das ja jetzt an den Krisen, die wir erleben, aber ich kann es auch ganz deutlich an viel simpleren Dingen festmachen. Wenn ich z.B. das von mir vertretene Unternehmen nehme. Da steht das **Kostensparen im Vordergrund**. Das fängt gerade bei Arbeiten, die eben personalintensiv sind, also beim Menschen, an. Es wurde in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten an oberste Stelle gestellt. Es gab nur noch die Ansage wirtschaftlicher, schneller und leistungsfähiger zu werden. Das ist eine ganz **kurzfristige Entscheidung**, die eben Generationenkonflikte hervorruft, denn ich kann das an einem Beispiel bei uns sagen.

Wie wird man effektiver und preiswerter? Vor allem im Verhältnis mit den Unternehmen, die mit Zeitarbeitsfirmen arbeiten und Leute, die nicht genug leisten können und auch Alte aussortieren, die eben Personal abbauen. Wenn man viel Personal abbaut, dann hat man irgendwann keinen **Altersschnitt** mehr, der eigentlich für die Aufgabenerfüllung sinnvoll ist.

Gerade wenn es auch mit körperlicher Arbeit zu tun hat, weil dann nämlich Menschen, die schon sehr lange in diesem Job arbeiten, auch noch schneller arbeiten sollen und noch früher krank werden. Da rede ich jetzt zum Beispiel von unseren Männern, auf die das durchaus zutrifft. Wer 40 Jahre Müll gezogen und geholt hat, dem geht es nicht so gut. Was ich damit sagen will, dass wir dazu neigen, eben sehr kurzfristige Entscheidungen ohne Augenmaß zu treffen, egal ob im Umweltbereich, dass Müll möglichst billig entsorgt wird, egal, ob Atom- oder früher auch unser Müll, und dann die nächsten Generationen die Kosten tragen müssen.

So lange der Mensch mit seiner Arbeit sehr kurzfristig betrachtet wird und nicht über die Dauer seines Arbeitslebens, wird es **keine Generationengerechtigkeit** geben, sondern werden wir immer diese Schiefelage haben, unter der die Einzelnen leiden.

Siems: Vielen Dank! Frau Andreae, wollen Sie vielleicht gleich anschließen als wirtschaftspolitische Sprecherin. Die Frage, muss **Wirtschaft** nicht so funktionieren, d.h. immer unbedingt **auf Effizienz achten**. Es heißt ja jetzt auch beispielsweise wieder in der Wirtschaftskrise: die **Klimaziele der EU** können wir mal hinten anstellen, weil es gibt Wichtigeres. Wir müssen sehen, dass die Finanzkrise uns nicht das Genick bricht. Ist das eine richti-

ge Sichtweise? Geht das überhaupt anders langfristig?

Andreae: Also, es muss anders gehen, weil so geht es nicht. Ich möchte zwei Aspekte dazu anführen. Das eine ist, was Sie angedeutet haben, wir haben im Augenblick in Deutschland eine Diskussion, die man mit dem Schlagwort „**Belastungsmoratorium**“ zusammenfassen könnte. So wurde das benannt, das heißt im Prinzip müssten wir jetzt mal ein bisschen unsere deutsche Unternehmen schonen, von **Umweltschutzaufgaben** befreien, nicht so sehr in den europäischen Kontext stellen, damit sie aufatmen und sich wirtschaftlich entwickeln können.

Und dieses, da stimme ich mit der Vorrednerin völlig überein, ist tatsächlich eine so kurzfristige Sichtweise. Das mag vielleicht dann nochmal zwei, drei Jahre gehen, aber das ändert doch nichts daran, dass unsere **Unternehmen** sich neu aufstellen müssen bei der Frage „Klimawandel“. Und wenn ein Unternehmen heute in **Erweiterungsinvestitionen** geht, um nachher diesem **Emissionshandel**, der kommen wird wie das Amen in der Kirche, da braucht man sich gar nichts vormachen, irgendwann werden die CO₂-Emissionen versteigert werden, das ist ein technischer Begriff, aber da werden auf jeden Fall Auflagen für die Unternehmen gemacht werden. Und die Unternehmen, die heute so investieren, dass sie da auch reagieren können, sind in drei, vier, fünf Jahren besser aufgestellt, als die, die das nicht tun.

Aber das ist natürlich schwierig. Nehmen Sie Opel. Opel kommt und sagt: wir brauchen eine Bürgschaft von ungefähr 1-2 Milliarden Euro, die Größenordnung ist noch nicht ganz klar, es geht um 75.000 Arbeitsplätze, da muss die Politik schon richtig hinsehen und sagen, jetzt schauen wir uns mal an, was das eigentlich bedeu-

tet?, dass wir die **Automobilindustrie** in der Form weiterhin stützen, oder können wir das Ganze mit Konditionen belegen, dass die vielleicht mal neu über Mobilität nachdenken, oder neue Autos auf den Weg bringen. Ich meine, so lange Autofirmen nach wie vor Autos auf den Weg bringen, die einfach einen ganz hohen Verbrauch haben, haben wir hier ein Problem.

Der andere Gedanke, den ich aber formulieren will, das ist, glaube ich, die **Eigenverantwortung, die bei den Menschen nicht ankommt**. Die Menschen sind in erster Hinsicht auch Verbraucher und wir hatten über lange Jahre eine „**Geiz-ist-geil-Mentalität**“, es war einfach opportun zu gucken, wo es billig ist, Schnäppchenjäger waren unterwegs.

Dass aber die billigen Produkte in den Firmen auch irgendwie hergestellt werden müssen, und auch billig hergestellt werden müssen und dieses vielleicht zur Folge hat, dass dort schlechte Löhne bezahlt werden oder dass Produkte aus Ländern mit Kinderarbeit verkauft werden, was ja durchaus nicht unüblich ist bei uns, das ist natürlich eine Eigenverantwortung und das ist auch eine **Frage von wirtschaftlicher Ethik und Moral**, die dahinter steht. Da glaube ich im Übrigen, um so ein bisschen den Schwenk wieder zum Thema zu bringen, da hat sich etwas in den Generationen geändert. Ich habe den Eindruck, dass vor allem die jüngeren Generationen sehr auf diese „Geiz-ist-geil-Mentalität“ abgefahren sind. Die fanden das unheimlich cool, viel zu haben und das Ganze für möglichst wenig Geld. Und was ich aus der Generation meiner Großmutter noch kenne, wo es ein **höheres Wertekriterium** gab, auch für die **Langlebigkeit von Produkten**. Da hat man Dinge auch noch repariert und nicht gleich neue gekauft. Da

erscheint mir auch ein Wandel innerhalb der Bevölkerung statt gefunden zu haben.

Tremmel: Sie haben diese **Kurzfristigkeit** angesprochen, aber ich glaube, die **steckt bei uns im System**. Das ist ein **Webfehler unserer Demokratie**, wenn man so will, denn unsere Demokratie ist auf 4-Jahreszeiträume, Legislaturperioden, angelegt. Ein Politiker, eine Politikerin misst den Erfolg daran, ob sie wiedergewählt oder abgewählt wird. Das heißt, es ist absolut nachvollziehbar, dass die Politikaktiven in diesen kurzfristigen Zeiträumen denken und handeln.

Zukünftige Generationen können heute noch nicht wählen, das klingt ganz banal, hat aber die weitreichende Folge, dass ihre Interessen heute im politischen Prozess nicht zur Sprache kommen und nicht berücksichtigt werden. Und wir wissen aus empirischen Studien, dass gerade im Wahljahr und dem Vorwahljahr die **Staatsverschuldung** meist nochmals ansteigt. Das sieht man ja jetzt auch mit der außerplanmäßigen Rentenerhöhung, die war ja auch im Vorwahljahr.

Das bedeutet, wir müssen unsere **Demokratie weiterentwickeln**, wir dürfen sie nicht abschaffen, sie ist einer der wichtigsten Güter, die kommende Generationen von uns erben können oder eben weiterentwickeln können.

Stellen wir uns doch nur mal in einem **Gedankenexperiment** vor, die Menschen, die in den nächsten 200 Jahren geboren werden, könnten 2009 bei der Bundestagswahl mitwählen. Was würde sich denn ändern? Da würde sich sehr viel ändern in den Parteiprogrammen. Da würden wir eine **viel langfristige Ausrichtung aller Parteien** hinbekommen. Und das müssen wir auf anderem Wege eben auch hinbekommen. Eine Möglichkeit ist, diese

schwache Gruppe der zukünftigen Generationen rechtlich zu schützen.

Es gibt bereits eine **fraktionsübergreifende Initiative** aller Parteien (CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen), die in der letzten Legislaturperiode gemeinsam begonnen wurde. 104 Abgeordnete im Alter zwischen 24 und 64 Jahren haben gemeinsam gesagt, wir ändern das Grundgesetz, um diese Kurzfristigkeit in der Politik sozusagen über die Verfassung auszuhebeln und da entgegen zu wirken.

Siems: Ganz kurz, würden Sie das bitte mal erläutern, Frau Andreae, diesen Gruppenantrag?

Andreae: Der **Gruppenantrag** hat nach einer schwierigen Geburt und langwierigen Diskussionen mit Juristen eine Formulierung gefunden, die sagt, man müsste einen **neuen Artikel in das Grundgesetz** aufnehmen, der heißt „der Staat hat in seinem Handeln **das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten** und die Interessen künftiger Generationen zu schützen“. Das findet sich dann noch in einem anderen Paragraphen wieder, das ist aber egal.

Um das gedanklich zu fassen, es geht also darum, die Nachhaltigkeit und die Interessen künftiger Generationen zu schützen. Das ist eine staatliche Aufgabe, die so hohes Gut ist, dass sie im Grundgesetz auch festgeschrieben werden soll. Die bezieht sich nicht ausschließlich auf den Staatshaushalt und die Finanzen, sondern es geht eher um **einen Wandel im Denken** zu der Aussage „Denkt auch an die Generationen der Zukunft“. Dieser Gruppenantrag ist eingebracht, es gab eine Anhörung. Das ist der normale parlamentarische Ablauf. Jetzt kommt er in den Bundestag und wird verabschiedet. Bei Grundgesetzänderungen ist es allerdings so, dass diese nur mit einer 2/3-

Mehrheit im Bundestag und dann auch im Bundesrat verabschiedet werden können. Das ist noch keinesfalls so, dass wir das erfolgreich im Grundgesetz untergebracht haben.

Tremmel: Bei dieser Anhörung wurde auch besprochen, ob etwa dieses **Bankenrettungspaket noch möglich wäre**, wenn man diese Verfassungsänderung schon hätte. Und da haben eigentlich alle Sachverständigen gesagt, dass wäre immer noch möglich, weil es zum größten Teil aus Bürgschaften besteht. Natürlich sollte man trotzdem so bald wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt anstreben und auch erreichen. Aber eine solche Verfassungsänderung schließt jetzt nicht etwa aus, dass Mittel für die Finanzkrise bereit gestellt werden.

Siems: Herr Petropulos, was halten Sie davon die **Verfassung zu ändern**? Es gibt diesen einen Gruppenantrag, der vorsieht ein **Kinderwahlrecht** einzuführen. Er ist allerdings chancenlos, aber kommt immer mal wieder auf. Dabei sollen die heute schon vorhandenen Kinder ein Wahlrecht bekommen, das die Eltern als Stellvertreter ausführen können. Es gibt auch andere Initiativen, Kinderrechte explizit zu erwähnen, da bislang immer nur das Recht der Eltern erwähnt wurde. Würde das etwas bringen?

Petropulos: Also, es ist zwar alles sehr schön, wenn man alles Mögliche in das Grundgesetz da reinschreiben will, aber ich denke, die Praxis zeigt ja, dass es nicht an verfassungsrechtlichen Grundlagen fehlt. Diese Debatte der **Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, halte ich für eine Alibi-Debatte**. Alle zentralen Fragen, die heute für Kinder gelöst werden müssen, sind auf den heutigen, gesetzlichen Grundlagen möglich.

Wenn Sie sich die **Zustände in den Schulen, Kindergärten, bei der Familienpflege** anschauen, z.B. die dramatischen Todesfälle. Da weiß man, oft waren die Jugendämter da, haben aber einfach nicht genügend Personal gehabt, um sich um diese Leute zu kümmern. Seit Jahren fordern Sozialarbeiter, dass einfach mehr Geld für mehr Personal her muss.

Was ist die tatsächliche Entwicklung? Es wird so gar noch mehr eingespart. Trotz der **heutigen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen** dafür, dass das gilt, dass bei uns jeder Bürger, jeder Mensch das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit hat, halte ich nichts davon, neue Debatten über Kinderrechte ins Grundgesetz zu beginnen, denn dies bindet die öffentliche Aufmerksamkeit und lenkt davon ab, dass heute schon Möglichkeiten bestehen, die nicht nur nicht genutzt werden, sondern immer weiter eingeschränkt werden.

Berlin ist so ein Beispiel dafür, wo viele dramatische Fälle von Kinderverwahrlosung zu beobachten sind oder wo die Sozialarbeiter sagen, ja das Problem kennen wir, aber wir erleben, dass bei uns zu viel eingespart wird. Und das ist ein Phänomen, das Land auf Land ab stattfindet. Kurzgesagt, **schöne Grundsätze in der Verfassung nützen uns wenig**.

Etwas anders sehe ich allerdings den Punkt **Familienwahlrecht**. Das halte ich schon für eine **ganz zentrale, auch demokratische Verfahrensänderung**, die wirklich einschneidende Änderungen in unserer Demokratie mit sich bringen dürfte. Schlicht und einfach auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, jetzt weniger, weil unsere Gesellschaft immer älter wird, denn wie ich vorhin gesagt habe und auch Frau Lehr vorhin ausgeführt hat, innerhalb der Familien haben

die Älteren durchaus Verständnis für die Sorgen der Jüngeren und unterstützen sie auch. Bei denen, denke ich, muss man weniger Probleme haben. Deren Bereitschaft, ihre Interessen zurückzustellen und Kindern und Enkeln zu helfen, ist sicher eher vorhanden als bei der erwachsenen Gruppe der Kinderlosen.

Das ist nämlich das Problem. Die **Zahl der Kinderlosen wächst** bei uns und das ist eben auch der zentrale Unterschied zu anderen Ländern, wie Frankreich und Finnland, dass der **Anteil der Kinderlosen** ca. bei einem Drittel liegt und das wird wirklich zu einem **Demokratieproblem**.

Das liegt nicht nur daran, dass die Kinderlosen einfach nur zahlenmäßig zunehmen, sondern die **Lebenswelt von Familien und Kinderlosen** entwickelt sich immer mehr auseinander. **Sie leben in Parallelwelten**. Und das ist dann tatsächlich auch ein Problem für die Demokratie, denn wenn es eben um Entscheidungen geht, die Familien betreffen und dann aber ein Drittel der Bevölkerung nichts von dieser Lebenswelt der Familien weiß, dann stimmen die eben über Dinge ab, von denen sie gar keine Ahnung haben. Da gibt es nur eine Möglichkeit die Interessen der Familien zu stärken, indem eben ein Familienwahlrecht eingeführt wird, wobei die Interessen der Kinder zunächst einmal stellvertretend von ihren Eltern wahrgenommen werden müssen. Da gibt es zwar dann immer den Hinweis, dass die Eltern gegen die Rechte ihrer Kinder abstimmen und dass sich die Kinder nicht einbringen können, aber wir gehen ganz selbstverständlich in unserer Verfassung davon aus, dass die Eltern zunächst einmal diejenigen sind, die zum Wohle der Kinder entscheiden. Ich denke, das kann man dann auch bei der Frage, ob Eltern für ihre Kinder mit abstimmen sollen, vorausset-

zen, dass den Eltern am Wohle ihrer Kinder gelegen ist.

Siems: Frau Gäde-Butzlaff, ich würde gern nochmal auf das Thema kommen, was wir eben schon angesprochen hatten, **Gleichstellung und Vereinbarkeit**. Es wird ja immer wieder gesagt, wir machen jetzt eine andere Familienpolitik. Es gab da einen Paradigmenwechsel, dass die Politik jetzt stärker als früher nicht mehr nur finanzielle Hilfen für Familien bereit stellt, sondern stärker die Vereinbarkeit fördert. Dies betrifft den Ausbau der Krippen. Wo gesagt wird, in der DDR war das früher selbstverständlich, dass Frauen arbeiten gehen konnten, in der BRD nicht. Diese Vereinbarkeit würde zum einen den Kindern nutzen, weil sie frühkindlich gebildet werden, aber eben auch den Frauen, da sie beide Ziele, Beruf und Familie, verwirklichen können. Sehen Sie das auch so? Oder gibt es in der betrieblichen Praxis, im Alltag einer Chefin, einfach einen **Interessenkonflikt**, dass man eigentlich besser mit den stets einsetzbaren Arbeitskräften arbeiten kann als mit Frauen, die sagen, ich brauche bestimmte Rücksichtnahmen. Wie ist es damit?

Gäde-Butzlaff: Ich glaube, da muss man sich nichts vormachen. Natürlich gibt es diesen **Interessenkonflikt**, gerade auch unter dem von mir schon angesprochenen Gesichtspunkt **Kosten senken**, Kosten senken, Kosten senken. Das hat bestimmt jeder schon mal in seinem Privatleben gehört. Mir geht es dann so, dass ich im ersten Moment mit offenem Mund da stehe, wenn mir vielleicht eine Rechtsanwältin sagt, ich stelle keine jungen Frauen mehr als Rechtsanwaltsgehilfin ein.

Auf der anderen Seite sieht man die Ergebnislage in allen Berufen, aber gerade für die Freiberuflichen hat man ein gewisses Verständnis. Das Ganze beruht natür-

lich darauf, dass die **Rahmenbedingungen** schlicht nicht stimmen. Da müssen wir nicht nur in die DDR zurückblicken, da können wir auch in Nachbarländer schauen, nach Skandinavien oder nach Frankreich, wo eben diese Möglichkeiten sehr viel selbstverständlicher eingeräumt werden. Mütter und Väter, die diese Dinge in Anspruch nehmen, haben auch ein weniger schlechtes Gewissen und die Kinder empfinden das natürlich ganz anders, weil das strahlt ja auf die Kinder aus, ob es etwas Besonderes ist in eine Gruppe zu gehen, weil ihre Rabenmutter oder Rabeneltern nun arbeiten gehen oder ob das gesellschaftlich anerkannt ist. Also das merkt man ganz eindeutig. Solange es die Rahmenbedingungen nicht gibt und eben die Frauen überwiegend diese Aufgaben mit übernehmen, ist es natürlich so, dass die Dinge, die von der Politik eingeräumt werden, z.B. dass bei Krankheit der Kinder zusätzliche Tage frei genommen werden können und Ähnliches, dass diese Rahmenbedingungen von den Betrieben zunächst mal als hinderlich empfunden werden und man eher auf kinderlose Leute, setzt. Das wird heute nicht mehr so offen gemacht, selbst noch nicht mal offen in so einem Betrieb, aber wenn man dann mal nachfragt, erhält man viele Argumente, warum es die ältere, kinderlose Frau oder der Mann sein musste. Aber häufig spielt genau diese Furcht bei den Vorgesetzten, die ja auch unter dem Ergebnisdruck stehen, eine Rolle. Ich denke auch, das kann nicht betriebsintern geregelt werden, sondern da müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es tut sich ja einiges, aber aus meiner Sicht ist in Deutschland, selbst das, was hier passiert, noch sehr Gießkannen-mäßig. Es wird eine Elternzeit eingeführt, die jeder nehmen kann, auch die, die finanziell sowieso sehr gut dastehen. Es werden Verträge über alle ausgeschüttet, statt tatsächlich mal zu

gucken, wo sind denn die sozialen Fälle. Also viele brauchen es ja nicht, die es aber mitnehmen, wenn es ausgeschüttet wird. Und dadurch verpassen wir dann eben auch die Chance auf der anderen Seite Gelder, wie eben schon gesagt wurde, in Kinderbetreuung, für soziale Leistungen und auch in Schulen zu investieren. Wenn man sich unsere Schulen anguckt, hat man ja nicht gerade den Eindruck, dass Kinderbetreuung massiv gefördert wird. Da versteht man dann schon, wenn die Menschen sagen, dass das, was jetzt an Geldern unter dem Druck der Finanzkrise ausgeschüttet wird, um die Automobilindustrie zu stützen, die alle kraftstoffarmen Autos in die Schublade gesteckt hat, weil man damit nicht so viel verdienen kann, sehr fragwürdig ist. Auf der anderen Seite ist das Argument der Arbeitsplätze durchschlagend. Ich sehe jetzt auch, dass die Gefahr besteht, dass Probleme, die wir auch vorher schon hatten, alle mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden werden. Man findet Forderungskataloge von Industrieverbänden, die man vorher auch schon kannte, die jetzt aber alle mal aktiviert werden und es besteht eben die Gefahr, dass viel Geld dahinein gepumpt wird und wir bei den anderen Fragen wieder einen Rückschritt machen.

Siems: Das ist auch ein bisschen mein Eindruck, würde ich sagen, dass **Familienpolitik durch die Finanzkrise wieder sehr in den Hintergrund** gedrängt worden ist. Nichtsdestotrotz gibt es bei der Familienpolitik diesen Wechsel. Auch da ging es um viel Geld, allein der Krippenausbau kostet 12 Milliarden Euro, jetzt gibt es eine Kindergelderhöhung. Aus Ihrer Sicht, Herr Tremmel, ist da wieder ein bisschen was in Richtung **Generationengerechtigkeit** getan worden, dass jetzt

Familien mehr im Fokus der Politik standen? Oder sehen Sie das nicht so?

Tremmel: Erst mal müssen wir ehrliche Begriffe verwenden. Wir müssen unterscheiden zwischen **Familien- und Geburtenpolitik**. Das heißt, wovon sprechen wir jetzt? Wenn es darum geht, mehr Kinder in Deutschland zu haben, dann ist es Geburtenpolitik, wenn es darum geht, einen Ausgleich zwischen Familien und Kinderlosen zu schaffen, dann ist das Familienpolitik und insofern ein Teil der Sozialpolitik. Ich glaube, das muss man schon deutlich auseinander halten. Ich denke auch, dass man im Sinne der **Generationengerechtigkeit** nicht sagen darf, die nächste Generation muss gleich groß oder größer als die vorhergehende sein. Es ist durchaus denkbar, dass die nächste Generation besser dran ist, selbst wenn sie zahlenmäßig kleiner ist. Wenn wir jetzt auf 75 bis 70 Mio. [Menschen/Einwohner] zurückgehen und das dann auf diesem Niveau bliebe, dann ist dies nicht per se ein Verstoß gegen Generationengerechtigkeit aus meiner Sicht.

Ich wollte nochmal auf die Frage nach dem **Familienwahlrecht** kurz eingehen. Da bin ich anderer Auffassung als mein einziger männlicher Mitdiskutant. Es wurde gesagt, Eltern haben das Wohl ihrer Kinder im Auge und werden entsprechend abstimmen. Aber was heißt das denn praktisch? Es wird doch keiner glauben, dass die Eltern die Stimmen ihrer Kinder anders nutzen als ihre eigenen. Das heißt, Frau von der Leyen, jetzt sieben Kinder hat, wird dann eben acht Stimmen der CDU geben. Oder Frau Andreae mit ihrem einen Kind im Moment wird dann eben zwei Stimmen den Grünen geben. Es gibt doch keine Stimmensplittung. Oder jemand, der NPD wählt, wird diese Stimmen dann der NPD zur Verfügung geben. Das

heißt der Grundsatz, ein Mensch eine Stimme würde dann doch durchbrochen und deshalb glaube ich, dass dieses **Familienwahlrecht der falsche Weg** ist. Ich bin ja dafür die **Altersgrenze zu senken**, also wir haben jetzt 18, wir hatten im Verlauf der deutschen Geschichte mal 25, mal 21, irgendwann kamen dann mal die Frauen dazu 1918. Aber warum gibt man unter 18-Jährigen pauschal keine Stimme? Jede Altersgrenze ist doch in gewisser Weise willkürlich gezogen und im Einzelfall ungerecht. So haben wir in unserem Nachbarland Österreich gerade erlebt, dass die 16-Jährigen erstmals zur nationalen Wahl zugelassen wurden. Ich glaube, das muss man auch mal in Deutschland diskutieren, mit welchem Recht man eigentlich einer großen Gruppe, die teilweise sogar ganz aktiv fordert, mit wählen zu dürfen, das Wahlrecht pauschal vorenthält.

Siems: Ich möchte gern nochmal auf das Thema, das ich am Anfang erwähnt habe, Staatsverschuldung, eingehen. Ich möchte sozusagen mal **ganz monetär** werden. Es gibt Berechnungen zur Generationenbilanz, die werden in Freiburg immer angestellt. Da gibt es einen Professor, der berechnet nicht nur die **tatsächliche Staatsverschuldung**, die ausgewiesen ist, sondern auch die, die in den Sozialversicherungen steckt. Das ist ja auch immer ein großer Bereich, wenn es um das Thema Generationengerechtigkeit geht. Dazu gehören das Rentensystem, die Pflegeversicherung, die in den 1990er Jahren dazugekommen ist und im starken Maße auch die Krankenversicherung, in die zwar die Älteren einbezahlen, aber eben sehr viel mehr an Leistungen benötigen als die Jüngeren. Herr Petropulos, inwiefern sind diese Systeme, die nach Berechnungen die offiziell ausgewiesene Staatsverschuldung um das Vierfache übersteigen und in

der verdeckten Staatsverschuldung drinstecken, aus Ihrer Sicht nachhaltig? Ist das im Sinne der Generationengerechtigkeit, es sind ja Reformen unternommen worden, z.B. gab es ja nun in der Vergangenheit mehrere Rentenreformen, die sehr massiv waren, bei der Krankenversicherung gab es längerfristig nichts Vergleichbares, und bei der Pflegeversicherung gab es jetzt kürzlich eine Reform, die auf Leistungsausweitung ausgerichtet ist, also gar keine Reform. Wie sehen Sie das?

Petropulos: Ich denke, Rentensicherung ist gerade ein Paradebeispiel dafür, dass über Generationenkonflikte diskutiert wird, aber tatsächlich ein ganz anderer Konflikt dahinter steht. Das Problem ist nicht das Verhältnis Alt-Jung, sondern gerade das **umlagefinanzierte Alterssicherungssystem**, das konstruktionsbedingt zum Konflikt zwischen Familien und Kinderlosen führt. Das ist der zentrale Punkt, um den es letztlich geht. Das Problem ist tatsächlich, dass diese ganzen Alterssicherungssysteme nur funktionieren bei ausreichend großer und leistungsfähiger Nachwuchsgeneration. Es wird zum **Gerechtigkeits- und Verteilungsproblem**, wenn der Anteil derjenigen in der Bevölkerung wächst, der sich das Aufziehen von Kindern erspart. Frau Lehr hatte vorhin auch nochmal diese Zahl genannt, 250.000€ kostet das Aufziehen eines Kindes. Und um diese Dimension geht es. Es geht hier also nicht um Alt-Jung, sondern man muss sich das genauer anschauen, es geht um Familien und Kinderlose. Das Problem ist, dass das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen seit den 1990er Jahren ausdrücklich darauf hingewiesen hat, angefangen bei der **Rentenversicherung**, später bei der **Pflegeversicherung**, dass es die Aufgabe des Gesetzgebers ist, tatsächlich Erziehungsleistungen in der Renten- oder auch in der Pflegeversicherung noch viel

stärker als bisher aufzuwerten. Das heißt Beitragsleistungen, also Geldleistungen, deutlich geringer zu bewerten als Erziehungsleistungen. Das Problem ist nicht, dass die Bundesverfassungsrichter das geschrieben haben, sondern das, was die Politik daraus gemacht hat. Wenn man sich das jetzt mit der Pflegeversicherung anschaut, dann ist da eine läppische **Beitragserhöhung** von 0,25% für Kinderlose herausgekommen. Was natürlich fernab von dem liegt, was die Richter sich vorgestellt haben und was auch logischerweise passieren müsste. Also, der Gedanke, der beispielsweise bei der Pflegeversicherung von den Richtern formuliert wurde, ist, dass nicht ausreichend berücksichtigt wird, dass Eltern aufgrund der Kindererziehungsleistung und Ausgaben für die Kinder weniger belastungsfähig sind als Kinderlose. Also, wäre es konsequent, wenn bei den **Sozialversicherungssystemen Kinderfreibeträge eingeführt** werden. Im Steuerrecht haben wir das, da gibt es die steuerlichen Kinderfreibeträge, weil selbstverständlich gesagt wird, dass das Geld, was die Eltern für ihre Kinder ausgeben, nicht auch noch mit Steuern belegt werden kann. Aber bei der Sozialversicherung ist das der Fall. Deshalb ist das auch ein Irrtum, wenn ständig von der beitragsfreien Mitversicherung für Kinder gesprochen wird. Das ist nicht der Fall. Dadurch dass es keine Freibeträge für die Kinder gibt, ist es so, dass letztlich das gesamte Einkommen der Familie so besteuert wird, als wären gar keine Kinder da. Das heißt unter'm Strich, zahlen die Eltern natürlich Beiträge für ihre Kinder. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Pflegeversicherung hätte die Chance geboten zu sagen, wir müssen jetzt auch in den Sozialversicherungssystemen Kinderfreibeträge einführen und auf diese Art und Weise die Familien entlasten. Tatsächlich ist aber nichts dergleichen

passiert, und das genau ist eben symptomatisch. Überall, wo es um die Konfliktlinie Familie contra Kinderlose geht, da werden Sie sehen, da wird erstens darüber gar nicht diskutiert oder mit heller Empörung darauf reagiert, dass Kinderlose bestraft würden und dass das Kinderlosendiskriminierung wäre. Dass aber Familien schon seit Jahrzehnten diskriminiert und bestraft werden, das ist bei diesen Politikern, von links bis rechts, Konsens.

Siems: Sagen Sie doch mal, wie Sie es sehen, Frau Andreae. Sie sagten ja vorhin, Sie halten dieses Thema vom Grundsatz her für richtig, andererseits waren die Grünen mit in der Regierung, als tiefgreifende Rentenreformen gemacht wurden.

Andreae: Das passt schon zusammen, weil wir haben ja nicht den Grundsatz der Umlagefinanzierung in Frage gestellt, sondern wir haben einfach eine Rentenreform gemacht. Es gab eine Teilkapitalisierung, aber wir haben neben die gesetzliche Rentenversicherung verschiedene Bausteine gestellt, die zur privaten Altersabsicherung führen. Warum ich gesagt habe, das ist mir „too much“. Ich kann gut nachvollziehen, dass man immer wieder die Diskussion führen muss, ob es eine Ungleichbehandlung zwischen Kinderlosen und Familien gibt. Die gibt es auch, ich kenne diesen Begriff der DINKs „double income- no kids“, tatsächlich eine Situation, die zu einer monetären Ungerechtigkeit führt. Ich gehöre aber zu denen, die sich unheimlich schwer tun, wenn man Kinder monetarisiert. Natürlich kostet ein Kind irgendwie Geld, das fängt bei der Erziehung, beim Pamperskauf an, und hört bei der Ausbildung auf....

Petropulos: Ja, dann schaffen Sie doch die Rentenversicherung ab, dann wären sie nicht monetarisiert...

Andreae: Ich habe mich auf den, von mir leider nicht gehörten, aber zitierten Vortrag von 250.000€ pro Kind bezogen. Es ist de facto so, dass Kinder Geld kosten. Es ist ein riesiges Problem, dass Kinder ein **Armutsggrund** sind. Das ist eine Aufgabe die Politik hat. Wo gegen ich mich wehre, ist dieser sehr pauschale Gedanke, dass die Familien immer und zwangsläufig schlechter gestellt sind. Denn das sind sie nicht. Ich finde, man kann jetzt auch eine ethische Debatte führen, welchen Sinn es hat Kinder zu haben, aber das kann man Kinderlosen schlecht erklären, weil sie sich aus irgendwelchen Gründen dagegen entschieden haben. Dass es eine **steuerliche Ungleichbehandlung** gibt, einverstanden. Allerdings muss man auch sehen, dass es wirklich auch schon zu Regierungszeiten von uns, und einfach auch im Laufe der Jahre im **Steuerrecht** viele Versuche gegeben hat, um einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Mögen es Freibeträge sein, oder Senkung von Eingangsteuersätzen. Es werden auch falsche Sachen gemacht. Ich habe es für eine der falschesten Entscheidungen gehalten, das **Kindergeld** von 27 auf 25 Jahre zu senken, weil es genau die Phase ist, wo die Kinder in ihrer Endausbildungszeit sind. Das kann dazu führen, dass Kinder ihr Studium nicht machen können, weil ihre Eltern es nicht finanzieren können. Da gab es tatsächlich auch Entscheidungen, die da quer gelaufen sind. Aber wenn Sie jetzt mal zwei Aspekte von diesen vielen zusammenführen: Das eine ist die Frage des nachhaltigen Haushalts, eine gewisse gesamtstaatliche Verantwortung für den Haushalt und auf der anderen Seite Forderungen in Hinblick auf Freibeträge in den Sozialversicherungen oder eine steuerliche Andersbehandlung von Kinderlosen und Kinderreichen bis hin zu der Frage, wo ich emotional wieder sehr dabei bin, der **Anerkennung von Erziehungs-**

leistungen. Das Ganze muss irgendwie eingebunden sein. Es geht nicht, dass es sich nicht haushalterisch darstellen lässt, was kostet uns das denn eigentlich. Insofern finde ich eine Debatte darüber sehr sinnvoll und da gibt es auch gute Vorschläge, aber ich würde es nicht in dieser massiven Form formulieren wie es jetzt gerade gesagt wurde. Ich würde aber auch nicht formulieren, dass es immer die Familien sind, die schlechter gestellt sind. Die Kinderlosen empfinden das sicherlich auch nicht so.

Petropulos: Zwei Punkte, auf die ich gern eingehen würde. Also, tatsächlich Rot-Grün ist die Regierung gewesen, die die umlagefinanzierte Rente von ihrem wertmäßigen Anteil reduziert hat und gleichzeitig die kapitalgedeckte Rente ausgebaut hat. Gerade hier zeigt sich vom Ansatz her die **familienfeindliche Ausrichtung dieser gesamten Reform.** Der Witz bei der ganzen Geschichte ist nämlich, dass die umlagefinanzierten Probleme nur zu einem Drittel ungefähr durch die längere Lebenserwartung der Menschen bedingt ist, zwei Drittel dieses Problems kommen durch die fehlenden Kinder zu Stande. Und was macht man? Man macht eine Reform, indem man die Renten aller kürzt. Also spricht auch für die Familien, die eigentlich durch ihre Kinder dazu beitragen, dass das System langfristig stabil bleibt. Man baut dann das kapitalgedeckte System auf, indem man sagt, wir kürzen euch den umlagefinanzierten Anteil und dafür dürft ihr dann die Privatrente ausbauen. Der Punkt ist nur der, es zeigt sich bei der praktischen Umsetzung, dass eben Familien übermäßig stark nicht in der Lage sind finanziell sich diese **Riesterrente** zu leisten. Das heißt, die Kinderlosen, sind dann auch noch diejenigen, die die Riesterrente mitnehmen, da sie genügend freies Kapital haben. Aber Familien, die eigentlich schon

durch dieses System bestraft werden, sind dann hier diejenigen, die sich diese Riesterreute gar nicht leisten können. Die Postbank hatte vor einem halben Jahr eine Studie herausgebracht, ca. 50% der Familien können sich diese Riesterreute eigentlich nicht leisten. Bei diesem systematischen Handeln wird deutlich, dass die Schiene Familien-Kinderlose kein irreales Konstrukt ist, sondern sie wird politisch ausgeblendet und dies führt letztlich dazu, dass neue Konstruktionen gewählt werden, die noch familienfeindlicher sind.

Und noch zum **Thema Kostendebatte**. Die Bundesverfassungsrichter haben ganz klar gesagt, wie es funktioniert. Wenn man **Kindererziehungsleistungen besser bewertet**, kann dies in einem geschlossenen System nur dadurch passieren, dass eben andere Leistungen, z.B. Beitragsleistungen herabgesetzt werden. Denn Herr Sinn hatte beispielsweise mal den Vorschlag gemacht, wer keine Kinder hat, hat tendenziell eher freies Geld, das er doch für die kapitalgedeckte Rente einsetzen kann. Daher kann man bei der umlagefinanzierten Rente tendenziell dazu übergehen, dass man sagt, Beitragsleistungen werden künftig mit weniger Rentenpunkten bewertet, um Kindererziehungsleistungen höher zu bewerten. So funktioniert das. Man muss da nicht neue Staatsschulden aufbauen, sondern man muss dann einfach von der einen Gruppe nehmen, um die andere Gruppe besser zu stellen. Und genau diesen Verteilungskonflikt scheut jede Politik, und zwar jede Partei.

Siems: Ich möchte gern Herrn Tremmel noch eine Frage stellen. Es gibt in Deutschland eine ständig wachsende **Kinderarmut**. Es ist natürlich immer eine Frage, wie man diese Kinderarmut definiert. Wir haben sie in Abhängigkeit von Hartz IV definiert, was durchaus bestritten

ist, da manche sagen, dass Hartz IV/Sozialhilfe dazu da ist, dass man nicht arm ist bzw. nicht existenzbedrohend arm ist. Aber wenn wir das mal als Kriterium nehmen ist verglichen mit den 1960er Jahren der Anteil dieser Kinder heute 20 Mal höher. Umgekehrt ist es so, dass der Anteil in Armut lebender oder von Armut bedrohter Älterer so niedrig ist wie in keiner Generation zuvor. Ist diese Verschiebung auch ein Ausdruck von Ungerechtigkeit oder ist das anders zu erklären?

Tremmel: Ich denke, dass ist schon ein Ausdruck von Ungerechtigkeit. Wir hatten tatsächlich vor 30-40 Jahren die Rentnerarmut. Das hat sich sehr stark verschoben zur Kindermut. Heute ist nur noch jeder hundertste Rentner/in ein/e Sozialhilfeempfänger/in, das ist zwar immer noch zu viel, aber jedes siebte Kind lebt in Armut. Wenn wir uns anschauen, wie die Lohnentwicklung ist, ist eine Zahl ganz entscheidend. Und das ist vielleicht auch überraschend für viele. Das ist ein ganz neuer Bereich, die gesamte Jungarbeitnehmerdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, indem haben auch die Grünen noch völlig geschlafen. 1970 hat ein 50-Jähriger im Durchschnitt 15% mehr verdient als ein 30-Jähriger. Heute verdient ein 50-Jähriger 40% mehr als ein 30-Jähriger. Das heißt, es ist nicht nur diese Schere zwischen Chef und Fließbandarbeiter/in, sondern auch zwischen Jung und Alt. In der Arbeitswelt, und da möchte ich gern Frau Gäde-Butzlaff gern nochmal mit einbringen, ist es eine eklatante Ungerechtigkeit, dass in Tarifverhandlungen und im gesamten deutschen Arbeitsrecht für die gleiche Arbeit Jüngere schlechter bezahlt werden als Ältere. Oder im öffentlichen Dienst Neueingestellte für das gleiche Geld mehr Stunden leisten müssen, z.B. in Hessen 42 statt 38 Stunden und das ist auch in Ihrem Betrieb so...

Siems: Ich möchte die Frage, gern an Frau Gäde-Butzlaff weitergeben und dann auch das Plenum für Fragen öffnen. Können Sie vielleicht mal sagen, wie das ist mit den Älteren und der Bezahlung?

Gäde-Butzlaff: Ja, gerne. Aber ich würde auch sehr gern noch mal zum Anlass nehmen, dass auch bei unserer Debatte eine **mangelnde Differenzierung** ein bisschen im Wege steht. Also, es ist ja schon zu Recht gesagt worden, nicht alle Familien sind jetzt schlechter gestellt. Ich habe auch da den Eindruck, was ich vorhin schon sagte, dass man jetzt einen *Konflikt aufbaut Familien gegen Kinderlose*, wobei es Familien gibt, die sehr gut gestellt sind, weil z.B. Geld da ist oder beide arbeiten und sich das individuell trotz der schlechteren Rahmenbedingungen ermöglicht haben. Wenn wir denen jetzt diese Erleichterungen auch geben, ich denke, verpassen wir da wieder eine echte Förderung und auch die Möglichkeit, tatsächlich dahin zu gucken, wo eben Alleinerziehende sind, wo Kinder wirklich arm sind. Wobei mir auch die theoretische Diskussion darüber, was Armut ist, auf die Nerven geht, z.B. wenn mir jemand sagt, das Kind, das irgendwo in einer Hütte im Kongo lebt, ist arm. **Arm aber ist immer an der Gesellschaft zu messen, in der man lebt.** Wenn nebenan die schicken Jeans getragen werden und ein Kind gar nichts kriegt und auch das Eis nicht kriegt, dann ist es in unserer Gesellschaft arm.

Darum würde ich für **mehr Differenzierung plädieren**, dass eben nicht jeder, der ein Kind kriegt, einen bestimmten Betrag bekommt, den er vielleicht gar nicht braucht. Natürlich nimmt man das. Keiner wird sich hinstellen und sagen, wenn ihm das gesetzlich zusteht, ich will das nicht haben, auch nicht wenn beide Eltern Zahnärzte oder Industrielle sind. Ich plä-

diere für **Einkommengrenzen**, innerhalb derer gezahlt wird, auch wenn das politisch sehr umstritten ist, bin ich gegen eine pauschale Zahlung.

Bei der **Frage des Rentenalters** verhält es sich ähnlich. Es ist aus meiner Sicht völlig kurzsichtig zu sagen, dass es ein **einheitliches Rentenalter** gibt. Da muss die völlig rüstige, dynamische Führungskraft mit 65 Jahren gehen, während sie vor Energie noch platzt, obwohl unsere Straßenreiniger und Müllwerker, die ab 55 Jahren nicht mehr mit dem Rücken klar kommen, auch bis 65 oder später bis 67 arbeiten sollen. Also, ich glaube, diese Differenzierung geht uns ziemlich ab.

Um auf das andere Thema zu kommen, es ist in der Tat so, dass man **im öffentlichen Dienst mehr Geld** bekommt für **dieselbe Arbeit**, weil man **älter wird**. Das ist einfach ein System, das man durchaus mal hinterfragen sollte. Meistens sind es ja die jungen Leute, die einen Haushalt aufbauen und Kinder kriegen. Das einzige, was das ausgleicht, ist diese Gerechtigkeit innerhalb der Familien, weil es dann wieder umverteilt wird von den Älteren auf ihre Kinder, aber vom System ist es sicherlich richtig. Nehmen Sie jetzt den Betrieb BSR, ja es ist so, dass die Jüngeren weniger kriegen, weil eben deutlich gemacht wurde, dass die **private Konkurrenz** Arbeitskräfte für weniger Geld kriegt und einem dann das vorgehalten worden ist und auch durchaus öffentliche Unternehmen gesagt kriegen, ihr seid ja nicht **wettbewerbsfähig** mit euren Löhnen und dadurch sind dann die **Tarifverhandlungen nach unten** gegangen. Also nicht Lohnzuwächse, wie wir das kennen, sondern es gab in den letzten Jahren ganz oft Vereinbarungen mit den Gewerkschaften, dass eben weniger gezahlt wird. Und so ist das bei uns auch: dass der Müllwerker,

der heute eingestellt wird, deutlich weniger bekommt als der, der schon seit vielen Jahren da ist und unter Bestandsschutz fällt, weil eben tatsächlich die Devise galt, Kosten zu senken, koste es, was es wolle.

Siems: Jetzt bitte ich um **Fragen der Zuhörer** und bitte immer an den Ansprechpartner wenden.

1.Frage: Ich möchte gern etwas zum **Familienwahlrecht** sagen. Ich halte das für außerordentlich sinnvoll. Es ist ja so, wir wissen ja, die Rentengeneration nimmt immer stärker zu und die jüngeren Generationen sind dann zahlenmäßig unterrepräsentiert. Ein Politiker oder politische Gruppierungen gucken natürlich, wer geht zur Wahl, bei wem habe ich bessere Chancen, wo kriege ich mehr Stimmen. Sicherlich war die Rentenerhöhung schon in Hinblick darauf gedacht, dass sehr viele Senioren zur Wahl gehen. Sie sehen auch noch sehr stark die Staatsbürgerpflicht. Ich bin seit Jahrzehnten Wahlhelferin und unsere Senioren kommen also ganz verlässlich zur Wahl. Sie vertreten natürlich ihre Interessen bei der Wahl. Wenn man das Familienwahlrecht einführt, d.h. Eltern können für ihre minderjährigen Kinder Stimmen abgeben, dann sind das plötzlich auch viel mehr Wähler und dann müssen sich die Politiker, die Parteien überlegen: Das sind ja jetzt nicht nur ein Vater und eine Mutter, sondern fünf oder sechs Stimmen, das potenziert sich. Jetzt muss ich mich auch bemühen, hier um diese Familien zu werben und muss mir viel mehr Gedanken machen, wie ich da etwas anbieten kann und auch deren Interessen ansprechen kann. Ich denke, als junger Familienvater, wenn ich dann in den Konflikt komme und ich sehe, meine Partei, die ich seit Jahrzehnten gewählt habe, macht jetzt nur noch **Seniorenpolitik**, da wird er sich schon genau überlegen, ob er

jetzt nicht doch jemand anderes wählt. Und dann habe ich noch eine Frage an Herrn Tremmel, weil mich das schon sehr beschäftigt hat, dass er sagt, es ist nicht gut, dass ältere und jüngere Arbeitnehmer unterschiedlich bezahlt werden, d.h. die, die lange Zeit im Betrieb sind und schon Erfahrung haben. Sollen die dann genauso bezahlt werden wie Jüngere? Haben Sie das gemeint?

Tremmel: Wenn sich die Leistung unterscheidet aufgrund der Erfahrung, dann kann man natürlich den Älteren mehr geben, aber wir haben ja das **Senioritätsprinzip als Sitzprämie**, d.h. man guckt überhaupt nicht, ist hier tatsächlich mehr Erfahrung vorhanden, sondern jeder Professor kriegt jedes Jahr automatisch mehr Geld, egal ob er jetzt mehr leistet oder nicht. Das ist doch eine **eklatante Diskriminierung Jüngerer**.

Petropulos: Vielleicht kurz nochmal zum Thema **Familienwahlrecht**. Man sieht z.B. in Hessen, da war das **Bildungsthema** eine ganz zentrale Entscheidungsgrundlage. Jetzt wird es auch so sein, dass Herr Koch bei der nächsten Wahl viel mehr Gewicht auf Bildung legt. Das macht er eben, weil er offensichtlich merkt, dass **Familien ein gewisses Stimmrecht** haben. In ein paar Jahren kann sich das verändern. Vor allem wenn man sich die demografische Entwicklung vor Augen hält, dann werden natürlich die Verteilungskonflikte zwischen erwerbstätigen Generationen und der älteren Generation zunehmen in Sachen Pflegeversicherung, Rente natürlich. Wenn man sich die Zahl der Alzheimerpatienten anschaut, sind heute schon die Pflegeumstände für sehr viele Menschen in einem Altersheim eigentlich menschenunwürdig.

2.Frage: In einer **Demokratie gehören Konflikte dazu**, auch ein Generationen-

konflikt ist nicht etwas, was man vermeiden soll, sondern ich denke, Konflikte dienen dazu, dass man Sachen mit einander austrägt. Aber ich habe eine Frage zur Familien- und Geburtspolitik, es geht um **Ehegattensplitting**. Man hat in Deutschland einen Unterschied zwischen Familie und Familie mit Kindern. Die Frage an Frau Andreae: warum sollen Familien, Ehen ohne Kinder, Steuerklasse 3 kriegen, aber geschiedene, die ihren Anteil bezahlen, 1 und 2 kriegen? Das hat für mich nichts mit Familien und Kindern zu tun.

Andreae: Da kann ich Ihnen nur völlig Recht geben. Das Ehegattensplitting in der Form halten wir für völlig überkommen, das Ehegattensplitting ist eine steuerliche Bevorteilung der Ehe und nicht von einem Leben mit Kindern. Wenn wir jetzt schon diese Frage aufwerfen, es gibt schon Bereiche, in denen es **eklatante und leicht abstellbare Benachteiligungen** gibt. Eine davon wäre das Ehegattensplitting, es müsste umgebaut werden in eine wie auch immer geartete Form des Familiensplittings, aber so, dass Kinder einfach eine deutlichere Rolle spielen.

Siems: Der Hauptgrund des Ehegattensplittings ist, egal ob einer das ganze Geld verdient oder jeder die Hälfte des gemeinsamen Einkommens, es wird genauso besteuert. Die Kinder werden gefördert über das Kindergeld und bei den besser Verdienenden über die Freibeträge, das ist also ein zweischichtiges System in Deutschland. Das ist in der Tat, wie Sie gesagt haben, immer wieder in der Kritik, es wird immer wieder diskutiert, ob man das umändern sollte. Andere Länder haben andere Systeme.

Petropulos: Da wollte ich auch noch mal einen Hinweis darauf geben. Es ist tatsächlich so, als das Grundgesetz verab-

schiedet worden ist, waren Ehe und Familie identisch, mittlerweile entwickelt sich das Ganze tatsächlich auseinander. Aber das heißt nicht, dass Ehe nicht auch förderungswürdig ist, denn der Staat profitiert von der Ehe. Wenn nämlich jemand arbeitslos wird, dann wird zunächst darauf geschaut, was der Partner verdient. Und dann gibt es keine Sozialhilfe. Wenn aber die Leute getrennt sind, sie gar nicht verheiratet sind, dann können sie selbstverständlich, als Single also, Anspruch gegenüber dem Sozialamt erheben. Der Grund ist jedenfalls der, aus der **Ehe** ergeben sich auch **Unterhaltsverpflichtungen, die den Staat gewaltig entlasten**. Deswegen ist es auch, wenn die Leute kinderlos bleiben, durchaus berechtigt, dass sie eben tatsächlich eine gewisse steuerliche Unterstützung erhalten.

3.Frage: Eine Frage an die Gesamtrunde: **warum sind zu wenig junge Leute in der Politik**, denn ich meine diese ganzen Fragen gehören in das Parlament und ich finde das schon ungerecht, dass zu viele Ältere dort drinnen sitzen und entscheiden, denn ich meine, je mehr junge Leute dort drin wären, desto mehr würden ihre Interessen auch vielleicht zur Geltung kommen.

Dann Kinder betreffend, warum kann man nicht fordern, dass eben viel mehr **Betriebskindergärten** eingeführt werden, Sie z.B. mit Ihrer Stadtreinigung. Die Stadt müsste für spezielle Sparten Kinderkrippen von diesen Unternehmen fordern, selbst auch bei kleineren Unternehmen, die Möglichkeit schaffen, dass wenn Frauen dort arbeiten deren Kinder auch betreut werden. Da geht es natürlich, könnten sie wieder sagen, ums Geld, das sie nicht ausgeben wollen. Aber irgendwie müsste es doch zu regeln sein. Ich finde es richtig mittelalterlich, dass man immer wieder

davon redet, Frauen seien benachteiligt, weil sie ja ihre Kinder haben. Aber das ist doch das Natürlichste der Welt, und ich finde es furchtbar, wenn wir heute noch davon reden müssen, dass die Frauen benachteiligt sind, nur weil sie Kinder wollen. Und wir das nicht in die Gänge kriegen, dann die Berufstätigkeit zu leben.

Andreae: Also, zu der Frage, warum so **wenig junge Menschen im Parlament** sind. Ich kann es schon sehen, warum das mit ein Problem ist. Viele Sachen von denen, die wir hier diskutieren, betreffen ja auch junge Menschen so wie sie ältere betreffen. Das **Parlament** ist keineswegs ein repräsentativer Durchschnitt der Gesellschaft, auch wenn sie sich Bildungssituationen anschauen, sieht es ähnlich aus. Ich würde trotzdem nicht empfehlen, als sehr junger Mensch in den Deutschen Bundestag zu gehen, es ist durchaus eine Arbeitsanforderung, da ist es ganz gut vorher eine Ausbildung gemacht zu haben und gefestigt zu sein. Wir haben immer mal wieder auch 20-Jährige oder 22-Jährige bei uns, die sich da wirklich auch tapfer schlagen bei uns, also das will ich gar nicht in Frage stellen, aber die natürlich dann mit 30 zwei Legislaturen hinter sich haben, aber noch gar nicht ihr Studium oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wo ich es aber sehe, und da würde ich wirklich an Sie appellieren, wenn Sie die Möglichkeit haben, dafür zu werben, ich finde, dass für **junge Menschen vor allem auch Kommunalparlamente** wirklich gute Möglichkeiten sind, ihre Interessen einzubringen. Natürlich reicht es nicht aus, und das ist Politik nur auf der kleinsten Ebene, aber es ist auf jeden Fall schon mal eine gute Möglichkeit, um zu Gehör zu kommen. Dazu muss man auch kandidieren. Politik ist nicht wirklich für Jugendliche ein interessanter Beruf, und

strahlt sicher auch nicht die Aura aus, die andere Jobs für Viele doch haben.

Bei der **Kinderbetreuung** bin ich völlig bei Ihnen. Ich habe einen 8-Jährigen Sohn und werde im März nochmal Mutter, und ich erinnere mich teilweise mit Schrecken, aber auch mit viel Humor, als ich 2002 für die Bundestagswahl kandidiert habe und mein Sohn damals zwei Jahre alt war. Ich möchte Ihnen jetzt nicht in Gänze aufzählen, was ich mir da alles anhören musste. Aber allein der Grundgedanke, dass es eigentlich ein schlechter Gedanke wäre, wenn Mütter mit so kleinen Kindern schon arbeiten gehen, hat mich immer nur wieder fasziniert. Also, das Rabenmutterphänomen ist in Deutschland nach wie vor vorhanden, ich kann Ihnen versichern, mein Sohn ist 8 Jahre alt, ist nicht mehr Bettnässer, nimmt keine Drogen, ist gut in der Schule und wird auch später keine Drogen nehmen und wenn, dann nicht deshalb, weil ich 2002 beschlossen habe, einen Fulltime-Job zu machen. Ich kann nur sagen, es ist gut für die Frauen, es ist aber auch gut für die Kinder. In dieser Ansicht sind wir ein Entwicklungsland Entwicklungen sind zwar da, da hat sich was getan, auch durch eine Familienministerin, die da wirklich Vorbild war, das will ich gar nicht in Frage stellen. Aber da sind wir trotzdem noch nicht so weit, wie wir sein sollten.

Tremmel: Ich würde gern noch einen Satz zum Abschluss sagen, weil wir hier im Deutschen Frauenring sind. Wir alle bleiben unser gesamten Leben lang in unserem Geschlecht, Frauen oder Männer, aber wir wechseln unsere Generationenzugehörigkeit. Die Jungen werden mal alt und die Alten waren mal jung. Und deshalb glaube ich, dass es **nie einen Krieg der Generationen geben kann**.

Siems: Frau Gäde-Butzlaff möchte auch gern nochmal zu den Betriebskindergärten etwas sagen.

Gäde-Butzlaff: Also ich denke, wir sollten uns da nicht auf diese Einzelfragen stützen. **Betriebskindergärten** machen nur da Sinn, wo man die Kinder nicht aus ihrer Umgebung rausreißt oder eben für sehr kleine Kinder. Also wenn man z.B. sieht, woher unsere Beschäftigten alle kommen, und auf ganz Berlin verteilt sind, dann wäre es für die Kinder nicht gut, durch die gesamte Stadt mitgenommen zu werden. Ich denke schon, dass es nicht auf die Betriebe geschoben werden sollte. In Krisenfällen, haben wir schon solche Angebote, wie Eltern-Kind-Zimmer, wo sich Eltern um ihre kranken Kinder kümmern können, wenn sie nicht in den Kindergarten gehen können, aber fit genug sind, um mitgenommen zu werden. Oder eben auch flexible Regelungen, dass nachgearbeitet werden kann. Das geht natürlich nicht in allen Bereichen, aber in Büroberufen kann man schon einiges machen. Aber die Frage der Kinderversorgung (Betreuung) sollte nicht vom einzelnen Betrieb abhängig sein, sondern sollte selbstverständlich da sein, wo man zu Hause ist.

4.Frage: Gibt es irgendwo im europäischen oder nicht-europäischen Ausland schon ein **Familienwahlrecht**?

Siems : Nein, das gibt es nicht, das ist auch als Idee von Juristen höchst umstritten, weil es den Grundsatz der Demokratie „jeder hat eine Stimme“ einfach zuwiderläuft. Deswegen gibt es zwar schon auch sehr prominente Befürworter, aber es gibt da keine Aussichten.

Petropulos: Da möchte ich gern noch eine Ergänzung bringen. Sie können morgen mal die Frau Peschel-Gutzeit danach fragen, denn die ist eine Vertreterin dieses

Konzeptes. Und zum anderen ist es so, dass in einigen Kirchenverbänden der evangelischen Kirche damit begonnen worden ist, ein Familienwahlrecht einzuführen. Es ist also tatsächlich etwas, was in unteren Ebenen umgesetzt wird.

Frage 5: Ich muss noch einmal etwas zum Wahlrecht sagen. Ich habe zu Hause eine demente Mutter, kann ich denn da auch das Wahlrecht ausüben? Wie sieht es denn da aus? Wir haben zwei schwache Gruppen in unserer Gesellschaft: einmal Kinder und einmal die Alten. Und die Alten, die sich nicht mehr selbst äußern können, für die möchte ich dann bitte auch das Wahlrecht haben.

Petropulos: Ja, also da müsste man rumdiskutieren. Auch hier ist es letztendlich so, dass die Kinder die Interessen der Eltern wahrnehmen müssen und umgekehrt ist es aber auch so, dass die Eltern die Interessen für ihre Kinder wahrnehmen sollten. Und wie gesagt bei den Verteilungskonflikten, die im nächsten Jahrzehnt anstehen werden, wird das noch viel härter sein und dann werden die politischen Parteien tatsächlich auf solche Signale, wie groß die Wählergruppen sind, viel stärker reagieren.

Frage 6: Ich bin weiterhin für die **leistungsorientierte Bezahlung** und der, der mehr leistet, soll auch mehr verdienen. Da bin ich wirklich eine starke Verfechterin. Ich wünsche mir noch viel mehr, nämlich für unsere Kinder. Ich möchte keine Geldverschieberei, wer jetzt mehr bekommen soll, ob Familien mehr bekommen sollen oder wer auch immer. Ich möchte einfach, dass für Kinder, wenn sie auf die Welt kommen vom ersten Tag an von der Gesellschaft gesorgt wird, für die Kinderkrippen gezahlt wird, für alles, dass die Kinderkosten bezahlt werden und zwar von unserer Gesellschaft. Und ich möchte

weiterhin, dass die Frauen nicht einfach verdonnert werden, zu Hause zu bleiben, sondern sie wollen sich vielleicht auch beruflich entwickeln und wollen da vielleicht auch irgendwas tun und wünschen sich, dass ihre Kinder kostenfrei irgendwo untergebracht sind und zwar qualifiziert versorgt werden. Das ist das, was ich mir wünsche.

Siems: Dann darf ich nochmal das Wort ergreifen für ein **kurzes Schlusswort**. Herr Tremmel hatte ja auch schon ganz gut den Satz geprägt, er glaubt nicht daran, dass es jemals zu einem **Krieg der Generationen** kommt und ich glaube es übrigens auch nicht. Und zwar gar nicht mal, weil ich in jedem das Gute sehe, sondern einfach, weil sich die Jungen niemals ausbeuten lassen. Ich glaube, die problematische Zeit wird sein, wenn wir hier auf dem Podium, wenn ich das richtig sehe, in Rente gehen werden, die Baby-Boomer-Generation, die insgesamt relativ wenig Kinder bekommen hat. Was hier auch nicht persönlich zu nehmen ist, weil es hier ja nicht zutrifft. Auch da glaube ich, unsere Kinder werden sich einfach hinstellen und sagen, wir können nichts dafür, dass wir so wenige sind und ihr so viele seid. Notfalls werden sie auch gehen kön-

nen, man ist an dieses Land nicht festgebunden, d.h. es wird immer um ein Austarieren geben müssen. Und auch wenn es wenig Junge und viel Alte gibt, wir dann Alte sind, wird es wieder darum gehen, was ist fair, was ist gerecht. Das ist nichts, was man auf heute festzurren kann, sondern es wird immer genau diesen Streitpunkt geben. Das ist ein politischer Prozess, der geführt werden muss, das ist ein gesellschaftlicher Prozess. Wie wir hier gehört haben, geht es auch darum, zwischen Männern und Frauen Themen gerechter zu machen, sicher auch zwischen Deutschland und dem Rest der Welt. Es sind viele Facetten, die alle diese Generationengerechtigkeit mit implizieren und mit voranbringen werden. Ich denke, alleine hier zu diskutieren teilweise auch kontrovers, hilft immer weiter, um sich auch andere Blickwinkel klar zu machen und sich darauf einzulassen. Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Zakrzewski: Ich bedanke mich bei Ihnen für die interessante Diskussion. Wir haben viele Anregungen bekommen auch durch die Fragen an die Referenten. Ich denke, Ihre Argumente die haben uns weitergebracht und ich möchte Sie nun gern verabschieden.

Alt gegen Jung von Kostas Petropulos

In seinem Referat „Das falsche Lamento vom Krieg der Generationen“ erläuterte Herr Kostas Petropulos vom Heidelberger Familienbüro für Familienfragen die Problematik, inwiefern die in öffentlichen Debatten oft hoch politisierte Formel vom „Krieg der Generationen“ entschleiert/richtig gestellt werden muss. So führten seine Analysen von der Problematik der Rentenerhöhung im Wahljahr 2009 zur Forderung nach mehr Generationengerechtigkeit und beleuchteten anschließend einige fragwürdige, in der öffentlichen Debatte oft unsachlich angewandte Argumente.

**Unplanmäßige Rentenerhöhung:
willkürlicher Eingriff in die fein
austarierte Rentenmechanik**

Zunächst kritisierte er die außerplanmäßigen Rentenerhöhungen im Jahr 2008 und 2009, die eine breite Protestfront hervorgerufen hatten. So würde man laut Vorwürfen gegenüber der Bundesregierung völlig willkürlich in die fein austarierte Rentenmechanik eingreifen, nur um rechtzeitig vor der bevorstehenden Bundestagswahl bei den Rentnern zu punkten. Dies führe laut Kritikern, darunter dem ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, zur Verletzung des Grundsatzes der Generationengerechtigkeit.

Diese Forderung nach Generationengerechtigkeit sei tatsächlich ein fester Bestandteil der öffentlichen Debatten und politischer Parteien- und Regierungspro-

gramme geworden. So stützen sich die Vertreter dieser Forderung besonders auf das wissenschaftliche Konzept der „**Generationenbilanzen**“. „Es soll angeben, wie hoch die finanziellen Gesamtbelastungen für die Mitglieder eines Geburtsjahrganges sind.“ Dazu wird ein Saldo aus den vom Bürger in das staatliche Finanzsystem eingezahlten Abgaben und seinen erhaltenen Sozialversicherungsleistungen gebildet. Aus den Schätzungen ergibt sich dann die finanzielle Last für jede einzelne Generation.

**Das Gespenst vom drohenden Krieg
der Generationen stand plötzlich
wieder mitten im Raum**

Demnach herrsche in Deutschland ein „gewaltiges Ungleichgewicht zu Lasten der jungen Generationen“. Die Finanzlücke, die zwischen künftigen Ansprüchen der Bürger und absehbaren Einnahmen klafft, betrage schätzungsweise 7 Billionen Euro! Mittlerweile ist dieser Protest im Bundestag angekommen. „Gerade die jungen Parlamentarier aller Parteien sind für diese Kritik sehr offen: Eine zerstörte Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit, Rekordstaatsverschuldung oder marode Rentenfinanzen – dies alles sei Ausdruck einer rücksichtslosen Lebensweise der Alten, die die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend massiv einschränke. Mit der plötzlichen Entscheidung die geltende Rentenformel für 2008/2009 auszusetzen, „stand das Gespenst vom drohenden Krieg der

Generationen plötzlich wieder mitten im Raum.“

So ging Herr Petropulos im Folgenden der Frage nach, ob diese Ängste überhaupt begründet seien und inwiefern zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien tatsächlich entlang der Generationengrenze verlaufen. Dazu analysierte er fünf Hauptargumente.

1. Rentenentwicklung und Volkseinkommen

Im letzten Jahr sei das deutsche Volkseinkommen um mehr als vier Prozent gestiegen, trotzdem hätte dies nur für eine Rentenerhöhung um knapp einen halben Prozentpunkt gereicht. Ursache ist die Tatsache, dass Rentenbeiträge im Wesentlichen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aufgebracht werden. Da in Deutschland der Anteil dieser allerdings so gering ist, konnte eine größere Rentenerhöhung nicht realisiert werden. Hinzu kommt, dass sich der Anstieg des BIP sehr ungleich auf Arbeitnehmer und den Beziehern von Unternehmens- und Vermögenseinkommen aufteilt. Damit haben Arbeitnehmer und Rentner immer weniger davon, wenn das Volkseinkommen wächst.

Beamtenpension fast doppelt so hoch wie Standardrente

Ein weiterer interessanter Punkt der Rentenentwicklung ist die sich vergrößernde Schere zwischen gesetzlicher Rente und Beamtenpension: So ist die Beamtenpension seit Mitte der 1990er Jahre um fast ein Drittel gestiegen, währenddessen die Standardrente um nur 11% erhöht wurde. Bei einer durchschnittlichen Lebensarbeitszeit von 45 Jahren betrug die monat-

liche Rente 2006 1.176€, die durchschnittlichen Versorgungsbezüge pensionierter Beamter belaufen sich dagegen auf 2.300€.

2. Finanzierung des Sozialstaates

Dieser Unterschied zwischen gesetzlicher Rente und Beamtenpensionen verdeutlicht noch ein weiteres Konfliktfeld. Es stellt sich die Frage nach der Finanzierung unseres Steuer- und Sozialstaates. Seit 2000 ist die Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen zwar durchschnittlich gesunken, doch verteilen sich diese Entlastungen sehr unterschiedlich. Eine wichtige Ausnahme bei den Entlastungen stellen besonders Alleinerziehende dar. Während die Steuerlast für Gering- und Durchschnittsverdiener in den letzten Jahren kaum abgenommen hat, werden besonders Bezieher von höheren Einkommen bevorteilt.

**Finanzierung des Sozialstaates:
kein Generationenproblem**

Ob es um die Methoden zur Berechnung der Rentensteigerung, den Vergleich mit den Beamtenpensionen oder die Finanzierung von Sozialleistungen geht, überall zeigt sich, dass es hier nicht um einen Streit zwischen Jung und Alt geht, sondern jeweils um soziale Gruppen jenseits der Altersschiene.

3. Familien contra Kinderlose

Laut Petropulos liege die Hauptkonfliktlinie zwischen Familien und Kinderlosen. Zum besseren Verständnis erklärte er zunächst das Umlageprinzip der gesetzlichen Rente. Demnach sparen die heutigen Beitragszahler nicht für ihre Rente, sondern erwerben Ansprüche auf künftige Bezüge

im Ruhestand. Die jetzigen Sozialabgaben wandern direkt zu deren Eltern- und Großeltern-Generationen, den heutigen Betragsempfängern. Aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland und dem damit verbundenen Geburtenrückgang wird unser jetziges Rentensystem in Frage gestellt, da es nur funktioniert, wenn es ausreichend viele und leistungsfähige Kinder gibt.

Rente: kein Lohn für Lebensleistung mehr

Die Rente ist kein „Lohn für Lebensleistung“ mehr, wie der ehemalige Bundesminister Norbert Blüm es ausdrückte. Die Geringschätzung der Kindererziehungsleistung im Rentenrecht ist immer noch so präsent, dass Müttern heute zwar pro Kind drei Babyjahre für die Rente gutgeschrieben werden. Allerdings müssten sie demnach 8 Kinder großziehen, um über diese Erziehungsleistungen eine Rente auf Grundsicherungs-/Sozialhilfeniveau zu erhalten.

Der entscheidende Punkt liegt darin, dass Mütter diese Leistungsaufbesserung von ihren beitragszahlenden Kindern ausgezahlt bekommen. Das heutige Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung zwingt die erwerbstätige Generation dazu, Rentner ohne Nachwuchs weitaus besser zu versorgen als die eigenen Eltern. Für Petropoulos gilt trotzdem „keine Spur eines Generationenkonfliktes, vielmehr ein Konflikt zwischen „Familien und Kinderlosen“.

4. Tabuisierung dieser Konfliktlinie

Die Brisanz dieses Konfliktes besteht in der Tabuisierung des Themas in der öffentlichen sowie politischen Debatte. Sei-

ner Meinung nach „ruiniert die hohe Zahl der Kinderlosen die Rentenversicherung“, eine Tatsache, die keiner realisieren möchte. Dazu beruft er sich auf die Ausführungen des Vorsitzenden der sogenannten Wirtschaftsweisen, Herrn Bert Rürup, der 1999 erklärte „Die durch demografische Entwicklung vorprogrammierten Belastungen unseres Rentensystems bis zum Jahr 2040 rühren zu einem Drittel aus der Zunahme der Lebenserwartung und zu zwei Dritteln aus der Geburtenentwicklung her“. Das Echo der Politik auf solche und ähnliche Meinungen zeigt sich z.B. durch die Kritik der Grünen-Abgeordneten I. Schewe-Gerigk: Die Idee, die Rente der Kinderlosen zu halbieren sei ein „Vorschlag aus der Mottenkiste“. „Wir lehnen es ab, Kinderlose zu bestrafen“.

Eine Ursache dieses Verhaltens liege darin, dass der Anteil von Kinderlosen besonders bei den „Eliten“ so hoch ist. So seien beispielsweise ca. 55% der Frauen im Bereich der Publizistik kinderlos.

Familienwahlrecht: politische Stärkung der Familien ?!

Um die Position der Familien bei dieser absehbaren Auseinandersetzung zu stärken, wird nun seit einigen Jahren die Forderung nach einem sogenannten Kinder- bzw. Familienwahlrecht laut. Die dahinter stehende Idee besteht darin, dass Kinder und Jugendliche die neue Generation, die von zukünftigen Problemen bezüglich der Staatsverschuldung, des Klimawandels etc. betroffen sein werden, allerdings heute noch kein Stimmrecht haben. Eltern sollen dann stellvertretend für ihre Kinder das Wahlrecht ausüben können. Statt Alt gegen Jung, tatsächlich Kinderlose gegen Familien.

5. Staatsverschuldung ist kein Generationenproblem

In einem letzten Punkt zeigte der Referent, dass auch die Staatsverschuldung kein Generationenproblem sei. Laut einer OECD-Studie vom März 2008 lag der Anteil der Steuer- und Sozialversicherungsmaßnahmen 2006 bei 35,7% des Bruttoinlandsproduktes BIP. Im Vergleich mit der Gesamtabgabenbelastung in den 15 größten EU-Staaten lag Deutschland damit 4% unter dem Durchschnitt. Würden demnach die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen dem EU-Durchschnittsniveau entsprechen, hätte der Staat ca. 100 Mrd. Euro im Jahr mehr zur Verfügung. Herr Petropulos zeigte demnach, dass der Devise „Sparen oder höhere Staatsverschuldung“ die scheinbar einfache Lösung einer Steuererhöhung bei den einkommensstärksten Bevölkerungsgruppen entgegensteht. Demzufolge liegt hier kein Generationenproblem vor, sondern man könnte

neuer Rekordwert: Staatsverschuldung liegt bei 1,5 Billionen Euro
generationen handeln.

Obwohl die Staatsverschuldung einen Rekordwert von 1,5 Billionen Euro erreicht hat, und damit diese gigantische Schuldenlast eine massive Einschränkung der Handlungsspielräume zukünftiger Generationen bedeutet, kann Petropulos diesem Punkt auch eine positive Interpretation abgewinnen. So seien die „Schulden der einen die Forderungen der anderen“. Die jüngere Generation erbe daher nicht nur die finanziellen Lasten der Eltern, sondern auch deren gewaltiges Vermögen. Das Geldvermögen der Deutschen betrug 2007 ca. 4,8 Billionen Euro, es lag damit drei Mal höher als die Staatsverschuldung. Das Problem besteht allerdings in der ungleichen Verteilung auf den Nachwuchs. Bereits 2002 gehörten den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung ca. 60% des gesamten Vermögen Deutschlands. In unserem Land habe eine massive Vermögenskonzentration stattgefunden, die natürlich ungleich weitervererbt wird.

Herr Petropulos ging im Weiteren darauf ein, die Erbschafts- und Schenkungssteuer zu erhöhen. Pro Jahr werden schätzungsweise 150 Mrd. Euro vererbt, dabei fließen 4 Mrd. Euro in die Staatskasse. Dies liege deutlich unter dem Durchschnitt anderer Industriestaaten. Damit stellt sich auch hier heraus, dass es sich weniger um einen Generationenkonflikt als vielmehr um eine Konfliktlinie zwischen den armen und Mittelschichtfamilien einerseits und den reichen Familien andererseits handelt.

**Generationengerechtigkeit oft als
„sozialpolitische Luftnummer ver-
schleiert“**

Schließlich lautet das Fazit des Referenten wie folgt: Die Thematik der Generationengerechtigkeit erweise sich immer wieder als „sozialpolitische Luftnummer“, die die verschiedensten Konfliktlinien der Gesellschaft verschleiert. Wie der Vortrag gezeigt hat, handle es sich nicht um Probleme zwischen Generationen, sondern u.a. zwischen abhängig Beschäftigten/Selbständigen-Beamten, zwischen Kinderlosen- Familien, zwischen armen/Mittelschichtfamilien und Familien, die ein gigantisches Vermögen an ihre Nachkommen weitergeben können. „Es ist an der Zeit, mit der bequemen Angstformel vom „Krieg der Generationen“ nicht länger politisch im Trüben zu fischen. Vielmehr gilt es, sich der vielfältigen und konfliktreichen Wirklichkeit in unserem Land ehrlich zu stellen.



Workshops

I. Zukunft der Arbeit

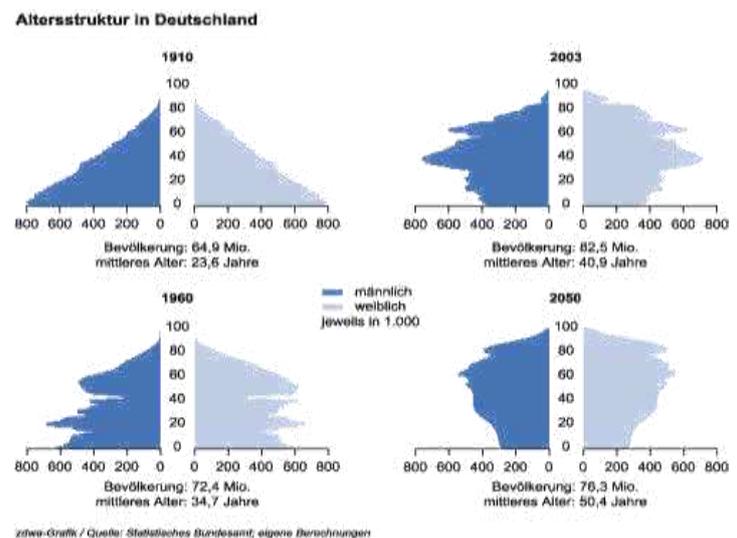


Dr. Ulla Regenhard ist Diplom Volkswirtin und ausgebildete Bankkauffrau. Zudem erwarb sie die Zusatzqualifikation als Beraterin im Bereich Change Management.

Seit dem Jahr 2000 arbeitet sie, nach langjähriger Forschungs- und Lehrtätigkeit in wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen, als freiberufliche Beraterin, Trainerin und Coach. Von Bedeutung für ihre Arbeit ist die Verbindung von Organisationsentwicklung und Genderberatung, von Wirtschaft, Führungssystemen sowie Geschlechtsspezifik.

„Wir werden immer älter- Und wir werden immer weniger“ mit dieser einleitenden Aussage beschreibt Frau Dr. Regenhard die Kennzeichen des gegenwärtigen demografischen Wandels. Anfänglich geht sie der Frage nach, welchen Einfluss die Bevölkerungsentwicklung auf das Erwerbstätigenpotenzial in Deutschland hat.

Abbildung 1: Altersstruktur Deutschland



Szenarien über das Erwerbstätigenpotenzial kommen zu dem Ergebnis, dass dieses sinken wird. Jedoch geht dieser Rückgang nicht zwingend mit einem Arbeitskräfte- wohl aber mit einem Fachkräftemangel einher. Letzterer ist aber keineswegs demografisch induziert.

Zudem sind die Prognosen sehr unsicher, da sie keinerlei wirtschaftliche Entwicklungen, wie die Finanzkrise 2008 und die damit verbundene Rezession im Jahr 2009 und die weltweite Krise berücksichtigen. Lässt man die Prognosen außen vor, gibt es einige zentrale Aussagen über den Arbeitsmarkt. Diese sind:

deutschland jedoch um 7,2 Prozentpunkte ansteigen. Auch die Erwerbsquote von Ausländerinnen wird sich erhöhen (+ 2,8 Prozentpunkte).

Demografie, Arbeitsmarkt und Frauen

Zentrale Aussagen – über alle Prognosen hinweg

- die Alterung des Erwerbspotentials (beide Geschlechter) ist DAS Kennzeichen des demografischen Wandels.
- Bereits heute haben Ältere schlechte Chancen am AM. Unterproportionale Einstellung und Weiterbildung Älterer, hochselektive und strukturell verfestigte Betriebspolitiken
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen steht außer Frage (insb. im ehem. WD)
Potenzialerwerbsquote in WD von 73 % (2004) auf 77% in 2020 und 80% in 2050. Annäherung an Frauen in OD (80,80,79%)

aus: Vortrag von Dr. Regenhart- Zukunft der Arbeit

Abbildung 2:

Erwerbspersonenpotenzial bis 2050

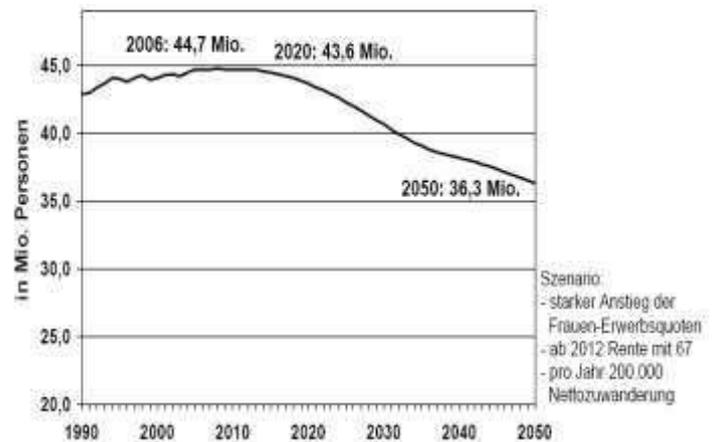


Abbildung 3:

Die folgenden zwei Abbildungen zeigen zum einen die Entwicklung des Erwerbstätigenpotenzials sowie die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Es ist zu erkennen, dass das Erwerbstätigenpotenzial im Laufe der Jahre von 2004 bis 2050 sinken wird. Die Frauenerwerbsquote in Ostdeutschland wird in diesem Zeitraum nur minimal um 1,3 Prozentpunkte sinken, in West-

**Erwerbsbeteiligung
steigt im Westen und bleibt hoch im Osten**

Beispiel: Potenzialerwerbsquote 15- bis 64-jähriger Frauen

	2004	2020	2050
Deutsche Ost	80,3	79,6	79,0
Deutsche West	73,1	76,6	80,3
Ausländerinnen	60,2	63,6	63,0

Im Folgenden ging Frau Dr. Regenhard auf vier unterschiedliche Thesen ein.

1. Aus der steigenden und weiter steigend prognostizierten Erwerbstätigkeit – Anzahl, Volumen, Quote – noch aus dem hohen Ausbildungs- und Bildungsniveau von Frauen kann eine **„weibliche Zukunft der Arbeit“** abgeleitet werden.
2. **Altersstrukturierung und Umgang mit alten/jungen Belegschaften** ist primär eine Frage der betrieblichen Gestaltung von Personalpolitik (und nicht des Gegensatzes). (Employability, Lebenslanges Lernen). Volumen der nachgefragten Arbeit ist nicht primär angebotsseitig determiniert.
3. Die demografische Entwicklung basiert auf der **Ungleichheit der Geschlechter**, die sich insbesondere in vertikaler und horizontaler Segregation auf Arbeitsmärkten und der Verteilung/Zuständigkeit privat geleisteter und über den Markt vermittelter Tätigkeiten und Zeitaufwendungen zwischen den Geschlechtern darstellt.
4. Das „deutsche Geschlechterarrangement“ ist mit den Ausprägungen der demografischen Entwicklung verbunden. Wir haben es weniger mit einer Demografiefalle als einer deutlichen Ausprägung aufgrund **institutionell verstaubter Geschlechterverhältnissen** zu tun. (Stigmatisierung v. Müttern – Ansichten, Kultur und Steuerrecht)

Die nächste Folie soll zur Untermauerung der zuletzt genannten These dienen.

Abbildung 4:

Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern unter 5 Jahren gegenüber Frauen ohne Kinder

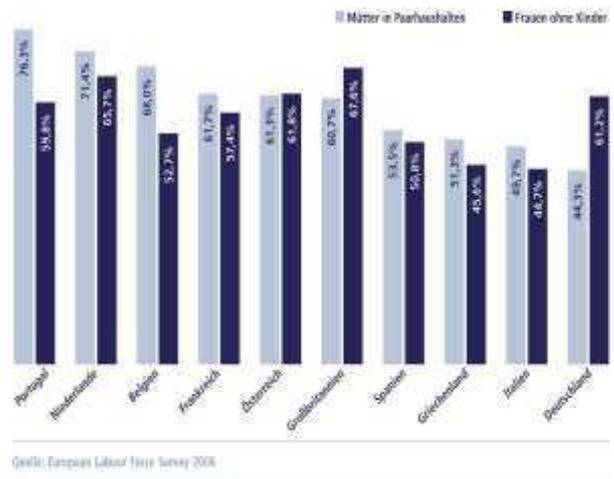
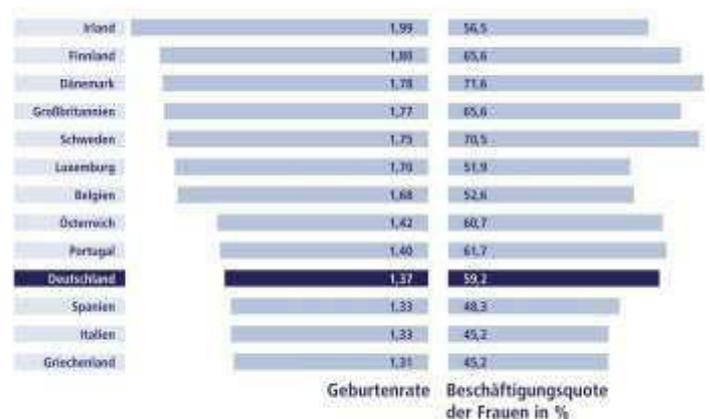


Abbildung 5:

Geburtenrate und Beschäftigungsquote der Frauen in Europa



Des Weiteren sprach sie über die dominierenden Strukturmerkmale auf dem geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt und dem Wandel der Arbeit und der Organisation. Seit den 70er und 80er Jahren gibt es in den Arbeitsprozessen und Organisationsweisen einen gravierenden Wandel, der sich in Flexibilisierung, Ökonomisierung, Entgrenzung und steigendem Leistungsdruck zeigt. Zusätzlich gab es einen Wandel von der Dienstleistungs- zur Wissensgesellschaft, der unterschiedliche Auswirkungen für Frauen zur Folge hatte. Die relevanten Strukturmerkmale in der geschlechtsspezifischen Perspektive werden in der horizontalen und vertikalen Segregation, am Anteil an Frauen in Führungspositionen, in den Arbeitszeiten und der Gender pay gap deutlich. Die folgenden abgedruckten Folien verdeutlichen diese Unterschiede in den Strukturmerkmalen.

Abbildung 7: Vertikale Segregation

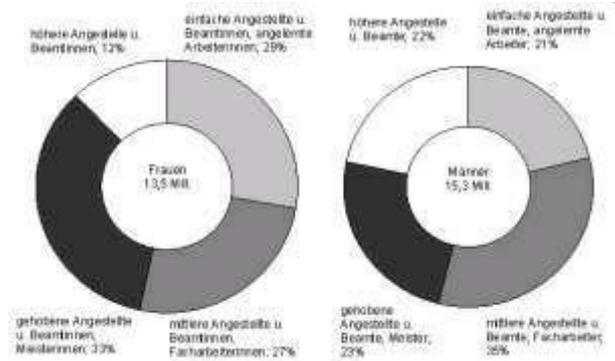


Abbildung 8: Unterrepräsentanz von Frauen in oberen Hierarchien

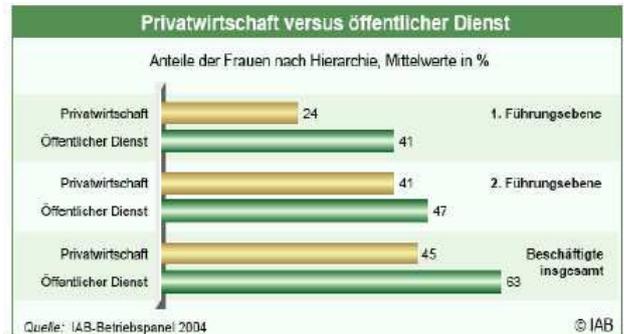


Abbildung 6: Horizontale Segregation nach Sektoren (ET in D 2004)

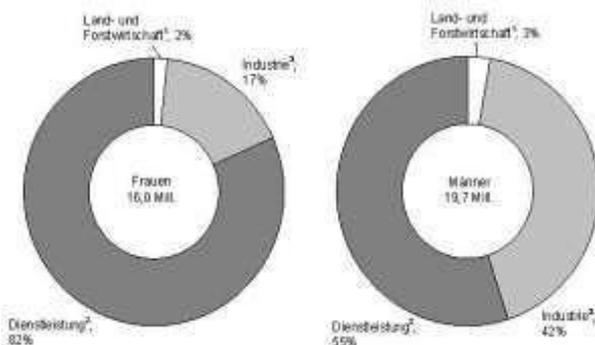


Abbildung 9:



Westdeutschland leben knapp 25 Prozent der Paare in einer so genannten „Hausfrauenehe“. Im Osten sind es nur 8 Prozent. Insgesamt ist das Modell des Zweiverdienerhaushalts (z.B. Vollzeit/Teilzeit) von größerer Bedeutung. In Familien ist es sehr selten, dass Väter Teilzeit arbeiten. Insgesamt beinhalten Arbeitszeiten ein hohes Veränderungspotenzial. So könnte man die Erwerbsarbeitszeiten unterschiedlich verteilen, erzwungene Teilzeit abbauen oder/und auch muss die private und erwerbswirtschaftliche Arbeit zwischen den Geschlechtern besser verteilt werden.

Abbildung 10:

Als Zwischenresümee stellt Frau Dr. Regengard die Frage, ob wir uns diese geschlechtsspezifischen Unterschiede am Arbeitsmarkt in Zukunft noch leisten können. Die Unterschiede am Arbeitsmarkt sind eine ökonomische Ressourcenvergeudung. Ihrer Meinung nach folgt die Chancengleichheit in der Wirtschaft dem Prinzip: Chancengleichheit ohne Ende statt: Ende der Chancenungleichheit. Zudem fragt sie, ob strategische Konzepte, wie das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, Gender Mainstreaming etc. einer wirksamen Umsetzung dienen oder nur eine „rhetorische Modernisierung“ sind. Zudem ist eine weitere Herausforderung des demografischen Wandels ein anderer Umgang mit allen vorhandenen Ressourcen.

Nach dem Zwischenresümee gab Frau Dr. Regengard einen kleinen Exkurs über das Thema Arbeitszeiten, expliziter über erwerbswirtschaftliche versus private Arbeitszeiten.

In vielen Familien gibt es Zeitnot. Frauen und Männer bzw. Mütter und Väter haben unterschiedlich lange Arbeitszeiten. In



Abbildung 11:

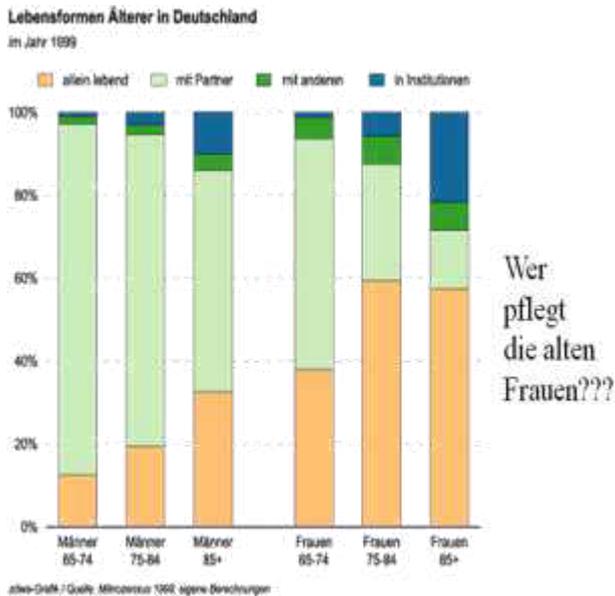


Des Weiteren gab sie einen Überblick über die Entwicklung und die dadurch entstehenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Demzufolge steigt die Erwerbsbeteiligung. Dies führt zu einer Geschlechterasymmetrie in den zukünftigen Arbeitsmärkten. Frauen werden sich stärker am Arbeitsmarkt beteiligen. Dies hat zur Folge, dass sich der Konkurrenzdruck erhöht. Zudem muss es eine Entwicklung hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe vor dem Hintergrund erzwungener Teilzeitarbeit für Mütter geben. Ein weiteres Problem ist das starre Korsett von Frauen- und Männerberufen zu öffnen. Wie kann man zukunftsfähige Berufe schaffen? Zudem bestehen für junge Mütter enorme Barrieren am Arbeitsmarkt. Weitere Probleme können den folgenden Folien entnommen werden.

Abbildung 12: Verdienstdifferenzen für Ältere Frauen mit langer Berufstätigkeit...



Abbildung 13: Lebensformen Frauen und Männer >65



griff nicht mehr am „sorglosen Arbeiter“ orientieren sondern sich von ihm verabschieden. Des Weiteren sollte die traditionelle Arbeitsteilung in Hinblick auf „Care“ aufgehoben werden. Auch sollten lebenslaufbezogene Zeiten zugelassen werden und individuelle Verdienstmuster anerkannt werden. Dabei sollte man sich an Konzepten, wie „gute Arbeit oder decent life u.a. orientieren. Somit muss das Dreieck Erwerbsarbeit- Staat- Familie neu justiert werden.

Der Ausgangspunkt des Vortrages war der demografische Wandel, der einen ressourcenschonenden Umgang (Leben und Arbeit) und die Neudefinition zentraler ökonomischer Fundamente erfordert. Dazu muss es eine Umverteilung von Einkommen und Investitionen geben. Zudem müssen neue Märkte und soziale Investitionen (Bildung, Ausbildung, Gesundheit etc.) erschlossen werden. Maßgebend dafür ist die Schaffung von Kriterien und Prinzipien zur Integration, Partizipation, eine umfassende Verantwortung für das Gemeinwohl und die Wohlfahrtsstaatlichkeit. Dazu muss ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaft stattfinden. Dies schließt die Geschlechtergleichstellung ein. Zur wirksamen Regulierung dienen Instrumente wie Gender & Diversity, die die Segregation aufheben sollen, jedoch einen hohen Umsetzungsbedarf haben. Weiterhin muss das Arbeitssystem und der Arbeitsbegriff neu formuliert werden. Das neue System sollte nicht auf dem bisherigen Konzept der Erwerbsarbeit aufbauen, sondern auf dem Normalarbeitsverhältnis gründen. Zudem sollte sich der Arbeitsbe-

II. Generationengerechtigkeit- Zukunft der Familie



Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit
(*1932 Hamburg)

Sie studierte Rechtswissenschaften in Hamburg und in Freiburg i.B. Frau Peschel-Gutzeit ist als Rechtsanwältin des Familienrechtes tätig. Wichtige Schwerpunkte legt sie auch auf die Kinderrechte und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Von 1977 bis 1981 war sie Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes und trat 1988 in die SPD ein. Über 10 Jahre bekleidete sie das Amt der Justizsenatorin in Hamburg und Berlin. 2004 wurde sie mit dem Verdienstkreuz I. Klasse der BRD ausgezeichnet. Sie ist Mutter von drei Kindern.

Frau Dr. Peschel-Gutzeit wurde von den Teilnehmerinnen herzlich begrüßt. Anders als von ihnen erwartet, begann sie das Referat mit Erläuterungen zu der Bedeutung der Ehe in der Vergangenheit. So waren Eheschließungen oft nur mit Erlaubnis des Gutsherrn oder ab einem gewissen Vermögen möglich. Daher lebten früher Paare oft ohne Trauschein zusammen und gründeten Familien. In dieser Zeit war auch die arrangierte Ehe üblich.

Die bürgerliche Familie, wie wir sie heute kennen, entstand erst Ende des 19. Jahrhunderts. Bis in das 20. Jahrhundert hinein hatte der Mann das alleinige Sagen in der Familie. Er bestimmte den Wohnsitz, entschied über das Familieneinkommen, über den Verdienst der Frau und verfügte über das in die Ehe eingebrachte Vermögen.

An dieser Stelle sei Dr. Anita Augspurg erwähnt, die sich um die Jahrhundertwende für die Verankerung der Rechte der Frau in das Bürgerliche Gesetzbuch einsetzte und offen das Patriarchat bekämpfte. Ebenso interessant war der Hinweis auf Theodor Fontanes Frauendrama/Gesellschaftsroman „Effie Briest“, das/der die Lebenssituation einer jungen Frau, die an den gesellschaftlichen Konventionen im Preußen des späten 19. Jahrhunderts zerbricht, beschreibt.

Ein zweiter Teil des Vortrages rief die Einführung des Frauenwahlrechtes vor 90 Jahren in Erinnerung. So erkämpften 1949 die vier „Mütter des Grundgesetzes“, E.Selbert, F.Nadig, H.Weber und H.Wessel, die Aufnahme des folgenden Artikels 3 (2) in die deutsche Verfassung: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Dementsprechend mussten das Bürgerliche Gesetzbuch sowie das Familienrecht diesem Paragraphen Rechnung tragen und angepasst werden. Allerdings trat das Gleichberechtigungsgesetz erst 1957/58 in Kraft. Frauen können seitdem ihren Arbeitsplatz bestimmen, *dürfen* ein eigenes Konto besitzen und durch die Zugewinnsgemeinschaft bleibt ihnen ihr Eigentum im Falle einer Trennung erhalten. Seit 1980 gilt auch das gleichberechtigte Vertretungsrecht für gemeinsame Kinder, damit ergaben sich gleiche Rechte und Pflichten für Frauen.

Die Stellung des Kindes hat sich mit der Verankerung der Frauenrechte ebenso gewandelt. In früheren Zeiten besaßen Kinder kaum Rechte, dennoch hatten Jungen mehr Rechte als Mädchen, so konnten sie nach Preußischem Recht das Gericht anrufen. Heute stehen Kinder unter dem Schutz des Gesetzes. So müssen seit 1980 unwürdige Erziehungsmaßnahmen unterlassen werden. Zu diesem Abschnitt ergaben sich die folgende, interessante Fragen: Gibt es den Züchtigungsparagraphen noch? Wurde er vergessen abzuschaffen? Gibt es hier einen rechtsfreien Raum? Seit 2001 wird das Recht der Kinder auf gewaltfreie Erziehung gesetzlich geregelt. Außerdem gilt in Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention. Allerdings hat Deutschland eine Ausnahmeregelung durchgesetzt: Das Recht auf Bildung gilt demnach nicht für irregulär eingereiste Kinder.

Ein dritter Teil des Referats widmete sich der Frage des Kinderwahlrechtes: Laut unserem Grundgesetz gilt folgende gesetzliche Basis: Art.3 (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich

Art. 20 (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 38 (2) Wahlberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Schließen wir demzufolge (nicht)einen wichtigen Teil unserer Bevölkerung vom Wahlrecht aus?

Unsere Referentin fordert also ein Wahlrecht von Geburt an, denn jeder Mensch hat eine Stimme sowie die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz.

Nach dieser klaren Positionierung der Referentin schloss sich eine heftige Diskussion an. Während unsere jüngeren Teilnehmerinnen das Wahlrecht für Kinder ablehnten, sahen die Älteren eher die positive Seite, wenn Eltern das Stimmrecht für ihre Kinder ausüben. Hieraus ergab sich auch die Frage, ob wir wirklich ein Wahlrecht von Geburt an einführen und nach einigen Legislaturperioden ein Fazit ziehen sollten.

Hier eine kurze Übersicht der Hauptargumente:	
Argumente pro	Argumente contra
Eltern entscheiden zum Wohle ihrer Kinder	Befassen sich alle Eltern ernsthaft mit den Problemen zukünftiger Generationen oder stimmen sie nach ihrer eigenen, heutigen Sicht ab?
Verschiebung der Diskussionen über die Renten zu Gunsten von Bildungspolitik und ökologischen Themen	Nichterfassen der politischen Dimensionen von/durch die Kindern, die sich selbst erst ab einem gewissen Alter artikulieren
Gesellschaftliche Themen erhalten andere Gewichte/neue Bedeutung	

Nach zwei Stunden Informationen und Diskussion wurden einige Problemstellungen deutlich:

- Auch heute leben immer mehr Paare ohne Trauschein (wie vor 1871)
- Das traditionelle Rollenbild ist vielfach erhalten. Der Mann sorgt für den Unterhalt der Familie, die Frau sorgt für den Haushalt und die Kinder. Aber wir müssen umdenken!
- Die Familiensituationen haben sich geändert, z.B. gibt es mehr Alleinerziehende, Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Ehen und andere Lebensformen.

- Das übergreifende Mit- und Füreinander der Generationen muss gefördert werden.

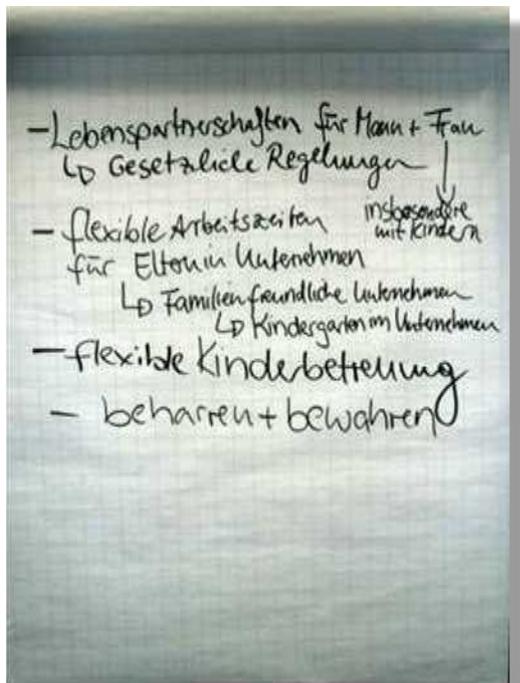
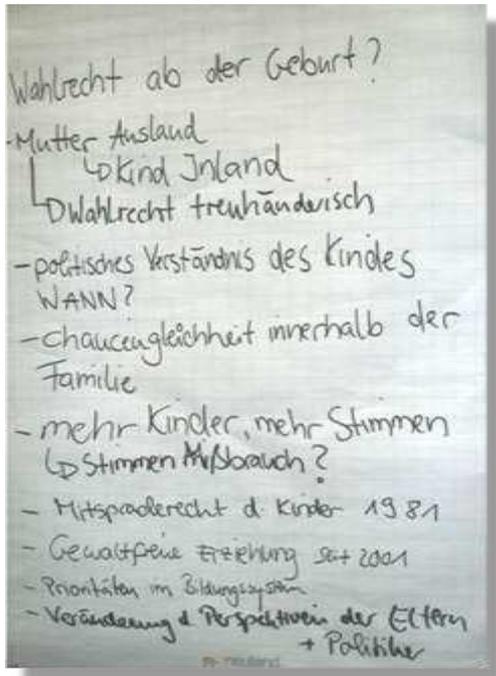
Die Teilnehmerinnen des Workshops II danken Frau Dr. Lore Marie Peschel-Gutzeit für ein sehr interessantes Referat und die von ihr fachbegleitete Diskussion.

[Verfasser: C. Zakrzewski,]

Als Fazit formulierten die Teilnehmerinnen folgende Punkte:

- Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen muss gefördert werden.
- Gesetzliche Regelungen, z.B. Erbschaftsrecht müssen auch für Partnerschaften ohne Trauschein gelten.

Die folgenden Fotos verdeutlichen nochmals die Ergebnisse des Workshops.



III. Ökologische Auswirkungen- was kommt auf zukünftige Generationen zu?



Dr. Daniel Dahm
(*1969 Köln)

Dr. Daniel Dahm ist Ökologe, Geograph und Aktivist. In seiner Arbeit verbindet er Anthropologie, Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften, um zu makroskopischen und disziplinübergreifenden Perspektiven auf komplexe Systeme wie Kultur, Geopolitik, Ökologie und Ökonomie zu gelangen. Er arbeitet als Wissenschaftler und Berater für Forschungseinrichtungen und transnationale Organisationen und ist in verschiedenen Funktionen in Nicht-regierungs-Organisationen und Stiftungen (u.a. Wuppertal Institut f. Klima, Umwelt, Utopia-Stiftung etc.) tätig.

Herr Dr. Dahm lieferte wohl einen der kontroversesten/umstrittensten Beiträge des Seminars. In seinem Workshop stand die Frage: „Ökologische Auswirkungen- was kommt auf zukünftige Generationen zu?“ im Mittelpunkt. Den Beginn des Referats prägte die philosophische Sichtweise Herrn Dahms: man müsse ökologisch die Dinge in Kontext setzen und sich aufgrund der Entwicklung von mechanistischem Leben die Frage stellen, warum sich die Natur nicht linear verhalte. „Ist die Zukunft die Kontrolle des Lebens oder handelt sie durch Leben?“ Was wir sehen und wie wir unsere Umgebung wahrnehmen, hängt von unserem jeweiligen Blickpunkt ab. So stellte der amerikanische Quantenphysiker Richard Feynman z.B. die Frage: „Wie viele unterschiedliche Naturen gibt es Ihrer Meinung nach?“. Die Antwort lautet „Es gibt nur eine einzige. Die Unterteilung in Wissenschaften ist künstlich“.

Um die ökologischen Auswirkungen des Klimawandels zu verdeutlichen, erläuterte der Referent das Szenario des „thrill of endtime“ anhand einiger Beispiele. So führten uns die Betrachtungen von der Destruktion der natürlichen Grundlagen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe, über den Anstieg des Meeresspiegels (im Jahr 2100 Erhöhung des Meeresspiegels um 50 m vorausgesagt!) bis hin zum Abschmelzen der Gletscher und Polkappen. Auch ging er auf die Evolution der Oberflächentemperaturen, die Zunahme von Malaria und anderen Krankheiten, das häufigere Auftreten von Stürmen, tropischen Zyklonen, die Wichtigkeit des Golfstroms, die Abnahme der Wasserverfügbarkeit in einigen Regionen der Erde,

schreckliche Dürrekatastrophen und endlos werdende Flüchtlingsströme ein.

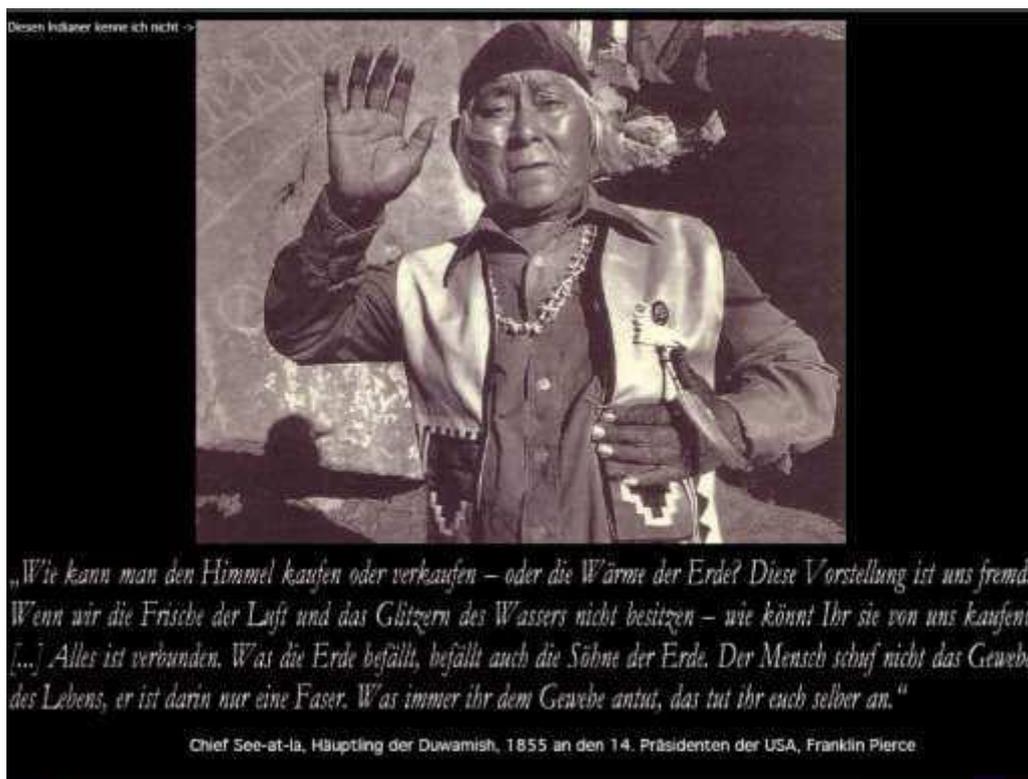
Diesen beängstigenden Zukunftsprognosen steht die Tatsache gegenüber, dass keine Hälfte der Welt ohne die andere Leben kann.

So stellte sich also die Frage: Kann es so weitergehen? Gibt es denn keine Alternative?

Wir brauchen eindeutig andere Orientierungsmuster, denn so kann es nicht weitergehen, so gefährden wir die Zukunft folgender Generationen. So erinnerte Dr. Dahm an das Zitat von Albert Schweitzer „Ich bin Leben, das leben will, in mitten von Leben, das leben will“. Es sei unsere eigene freie Entscheidung, ob sich unsere Lebendigkeit gegen uns wendet oder ob wir in Einklang mit uns selbst und unserer Umwelt leben wollen. Um dieses harmonische Miteinander zu ermöglichen, müssen wir zunächst an unserer Wahrnehmung etwas ändern. Neue Herausforderungen für unser Denken und Handeln sei das Aufheben der Trennung von Natur und Mensch, um dann eine kooperative

Integration im „gemeinsamen Spiel“ zu ermöglichen. Auch müsse Dezentralisierung und ein Austausch zwischen Menschen gefördert werden. Was ist dem entsprechend also ein ökologisches, vielfältiges, ganzheitliches und dynamisches Menschenbild?

In einem zweiten Abschnitt nahm der Referent ein wenig Abstand von seinen eigentlichen Ausführungen und führte mit unseren Mitgliedern eine Diskussion über die Frage, was denn bezüglich der ökologischen Nachhaltigkeit getan werden kann. Seiner Meinung nach reiche die bloße Hilfe zur Selbsthilfe nicht mehr aus, sondern man müsse sich auf die lokalen, natürlichen Ressourcen besinnen. So müsse man eine maximale Lokalisierung, Subsidiarität und Dezentralität/-sierung fördern und zusätzlich kooperative Vernetzung ermöglichen. Die wichtigste Aufgabe z.B. in Afrika sei die totale Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung, nur so können die ersten Schritte aus der Krise aussehen.



IV. Migration und Stadtentwicklung



Prof. Dr. phil. Christine Bauhardt

(* 1962 Mannheim)

Sie ist seit 2005 Professorin für das Fachgebiet „Gender und Globalisierung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie studierte Politikwissenschaft, Romanistik und Pädagogik in Freiburg, Marseille und Hamburg. Sie promovierte 1994 im Bereich Politikwissenschaft mit der Arbeit „Stadtentwicklung und Verkehrspolitik-Eine Analyse aus feministischer Sicht“ (Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser 1995). Die Dissertation wurde mit einer Kommunalwissenschaftlichen Prämie des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) für ihre besondere kommunalwissenschaftliche Bedeutung ausgezeichnet.

In Deutschland leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Mehrheit der zugewanderten Mitbürger/innen lebt in Städten. So hat jede/r 4. Berliner/in und 40 % der Kinder- und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Migration ist ein städtisches Phänomen. Menschen mit Migrationshintergrund haben häufig selbst keine Migrationserfahrung.

Vier Schlussfolgerungen wurden gezogen:

1. Migration ist nicht vererbbar
2. Die Lebensleistung der Migranten und Migrantinnen für die Gesellschaft muss anerkannt werden
Wege in eine generationengerechte Zukunft
3. Altersarmut ist weiblich, dies trifft insbesondere bei Migrantinnen zu
4. Die Teilnehmerinnen des Workshops sahen Migration als Chance und Bereicherung für unsere Gesellschaft. Dabei formulierten sie, dass es keine Integration von Migrant/innen gebe ohne politische und gesellschaftliche Partizipation und forderten das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen Bürger und Bürgerinnen.

Verschiedene Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund wurden vorgestellt und diskutiert, darunter Projekte für pflegebedürftige Migranten und für Migrantinnen in schwierigen Lebenslagen.